

Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebenseiten 10 Pfennige oder deren Raum 200 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 228.

Donnerstag, den 29. September 1921.

28. Jahrgang.

Oppau vor dem Reichstag.

Berlin, 28. September.

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Eine Beschwerde des Abg. Kemmle (Komm.) wegen einer bei ihm stattgefundenen Hausdurchsuchung wird dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen, desgleichen ein Antrag Barth (Komm.) wegen Aufhebung des Strafvollzuges gegen den Abg. Wendelin Thomas.

Es folgt die Beratung des Entwurfs über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Abweichungen vom Biersteuergesetz. Gemeint ist damit die weitere Verwendung von Reis und Mais zur Bierherstellung.

Jacob (Bayr. Vp.) hält diese Maßnahme für einen Betrug am Volke. Jedenfalls ständen die hohen Bierpreise nicht im Verhältnis zu diesen Surrogaten. Das Bier sei ein Volksnahrungsmittel und dürfe nicht verfälscht werden. Seine Partei lehne die Verlängerung des Gesetzes ab.

Der Entwurf wird in den beiden ersten Lesungen gegen einige Stimmen der Bayerischen Volkspartei angenommen. Die dritte Lesung scheitert am Einspruch des Abg. Jacob.

Die Teuerungszulagen.

Nach Erledigung einer Reihe kleiner Vorlagen kommt der zweite Rechnungsabtragungsbericht für 1921 zur Beratung, der die Teuerungszulagen enthält.

Alle Parteien wünschten eine einheitliche Regelung auf diesem Gebiete und sehen einer neuen Aktion entgegen. Durch die Vorlage, die gegen die Kommunisten zur Annahme gelangte, soll mit Wirkung vom 1. August ab ein Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und Ortszuschlag für die planmäßigen Reichsbeamten in der Ortsklasse A um 93 Prozent, in B um 91 Prozent, in C um 89 Prozent, in D um 87 Prozent, in E um 85 Prozent treten. Auch die außerplanmäßigen Beamten des Reiches sollen einen weiteren Teuerungszuschlag erhalten. Der Teuerungszuschlag zu den Kinderzulagen beträgt in der Ortsklasse A 200 Prozent, in den Ortsklassen B und C 175 Prozent, in D und E 150 Prozent.

Die Oppau-Interpellation.

Nunmehr folgt die Interpellation Müller-Franken (Soz.): Ist die Reichsregierung bereit, angesichts des furchtbaren Explosionsunglücks in Oppau sofort Maßnahmen zu treffen, um 1. festzustellen, welche Umstände das Unglück verursacht haben und was zur Verhinderung derartiger Unglücksfälle geschehen kann,

2. den Geschädigten ohne jede Verzögerung aus öffentlichen Mitteln zunächst die erste Hilfe zu leisten.
In Verbindung damit werden Anträge der Unabhängigen und der Kommunisten beraten, die sich ebenfalls auf das Oppauer Unglück beziehen.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Brey (Soz.): Wieder einmal hat das Schlachtfeld der Arbeit furchtbare Opfer gefordert. Die organisierte Arbeiterschaft beklagt herbe Verluste an Mitgliedern und Mitarbeitern. Leider können wir keinen Augenblick im Zweifel darüber sein, daß die 160 Vermissten fast ausschließlich als Opfer der Katastrophe anzusehen und aus dem Leben, aus der Arbeit herausgerissen sind. Neben diesen Opfern gibt es zahlreiche Schwerverletzte, darunter allein an 40 Personen, die des Augenlichts beraubt sein sollen. (Bewegung.) Von den Verwundungen wirtschaftlicher Art an Gebäuden, Maschinen und Geräten geben die Bilder von den Betriebsanlagen, die ich auf den Tisch des Hauses niedergelegt habe, nur eine schwache Vorstellung. Den Toten unsere Trauer, als Helben der Arbeit unser Gedanken und zugleich das Gelübnis, zu arbeiten, daß ähnliche Katastrophen vermieden werden. Den Witwen und Waisen, die des Ernährers beraubt, den Vätern und Müttern, die durch den Tod ihrer Söhne die Stütze des Alters entbehren, gilt unser Mitgefühl. Das Mitgefühl der Arbeiterklasse und aller edlen und guten Menschen. Möge diese Welle des Mitgefühls, die die Gegenwart erfasst und auch bei unseren ehemaligen Feinden Widerhall gefunden hat, sich zu einem Strom der Hilfsbereiter Tat auslösen! (Bravo!) Diejenigen, die noch auf dem Schmerzenslager liegen, begleiten unsere Wünsche auf Beseitigung ihrer Schmerzen und der heißen Wunsch, daß es der menschlichen Pflege und der ärztlichen Kunst gelingen möge, sie gesund von dem Krankenzimmer erlassen zu lassen. Entsetzt fragen wir: Wie konnte das geschehen, wo sind die Ursachen dieser Arbeits-tage die zu suchen und zu finden? Die Erklärung der Generaldirektion kann uns nicht beruhigen und nicht befriedigen. Man hat den Verdacht ausgesprochen, daß die Katastrophe ein Verbrechen als Ursache habe. Reid und Miskunst auf die wissenschaftlichen und technischen Erzeugnisse, die das Wert darstellen, sollen Hirn und Hand eines Verbrechens geleitet haben, zu einer solchen verruchten Tat, die, wenn die Annahme zuträfe, alles bis dahin Dagewesene übersteigen würde. Nach menschlichem Ermessen muß der Gedanke eines Verbrechens, das auf Reid und Miskunst der deutschen Arbeit zurückzuführen wäre, vollständig ausgeblieben.

Herz des Unglücks und der Zerstörung ist ein Silo, ein Lager-taum, der 4000 Tonnen Ammoniumsulfat enthalten hat. Die größten Spuren der Verheerung an der Unglücksstelle und deren Umgebung sind Beweise, daß das Material, das in diesem Silo geborgen war, leider explosiv gewesen ist. Die Explosivität, die von Chemikern, Technikern und Wissenschaftlern nicht festgestellt worden ist, ist durch die furchtbare Erfahrung erwiehen. Die Tatsache der Explosion beweist, daß die chemische Wissenschaft die furchtbaren Gefahren ihres Werkes nicht erkannt hat, obgleich die Gefahr der Explosivität nahelag. Bevor die Erfindung des Herrn Prof. Haber, der Ernährung dienlich gemacht wurde, diente sie der Zerstörung. Sie diente dazu, während des Weltkrieges Explosionsmittel zu schaffen. Teile der Erzeugung, die sich in dem Silo Nr. 10 zu Ammoniumsulfat-Salpeter veränderte hat, sind während des Weltkrieges an mehr als einem Orte Deutsch-

lands Ursache der Explosion, Ursache der Zerstörung. Leider konnten wir während des Krieges wie bei so vielen anderen Dingen, auch hier die volle Wahrheit nicht erfahren. Aber wir wissen, daß Menschenleiber in unerhörter Zahl in den Städten gefallen sind und zwar infolge dieser Explosionsstoffe, die in Ludwigshafen erzeugt worden sind. Die in ihrer Wirkung so schrecklichen Spreng- und Geschossmittel entstanden aus jenen Stoffen, die nun wieder im eigenen Lande unter den Angestellten und Arbeitern, sowie auch unter der Bevölkerung der Nachbarschaft verheerend gewirkt haben. Warum beunruhigt die Erklärung der Generaldirektion der Ammoniumwerke auch heute noch? Wenn man vor einem Rätsel steht, wie es dieses schreckens- und entsetzensvolle Geschehen darstellt, wer bürgt denn dafür, daß die Silos, in denen noch 8000 Tonnen Ammoniumsulfat lagern, (Hört, hört! links) nicht zu einem neuen Unglücksherd werden können? Wenn keine Kunstfehler und keine technischen Versehen vorliegen, wenn Verbrechen ausgeschlossen sind, und wenn das Unglück das Werk einer chemischen Umkehrung ist, was droht dann den Unglücklichen in Betrieb und Umgebung? Ihnen droht eine neue Katastrophe. Es ist die Aufgabe der Reichsregierung, Sicherheit zu schaffen, daß die noch vorhandenen Lager nicht eine zweite Quelle des Todes, und der Verwüstung werden. Als zweite Forderung bezeichne ich eine Aufklärung der Ursachen, die in der rücksichtslosesten und unachtsamsten Weise vorgenommen werden muß. In drei Massengräbern habe ich im Einverständnis mit den Arbeitern der Forderung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiter und ihre Vertreter bei dieser Untersuchung beteiligt sein müssen. (Zustimmung bei den Soz.) Diese Forderung wiederhole ich hier. Meine Fraktion hat einen entsprechenden Antrag gestellt. Der Arbeiter muß wissen, in welcher Gestalt der Tod ihn mitten aus der Bahn reißen kann; er muß wissen, von welchen Gefahren er umtobt ist. — Der Redner schließt dann die Ergebnisse der Befragungen mit den Arbeitern, die die Quelle der Schuld in der Erwärmung des Materials erblickten, das sich wahrscheinlich vor selbst entzündet habe. Ich werde nachweisen, daß die Direktion da Maßnahmen zu treffen hatte.

In dem Silo wurde die Temperatur gemessen. Sie lag bis zu 50 und 60 Grad. (Hört, hört! links.) Auch darin erblicken die Arbeiter ein Zeichen, daß mit der Hitzeentwicklung als Gefahrenquelle gerechnet werden ist und berechnet werden mußte. Von Maßnahmen, die die Hitzeentwicklung paralisieren, ist mir nichts mitgeteilt worden. Die Nachsicht vor dem Unglück wurde von Gasen beherrscht. Auch das ist früher nicht beobachtet worden. Die Arbeiter erblicken in diesen Gasen die Vorboten des Unglücks (Hört, hört! links.) Ich frage: War ein chemisch gebildeter Leiter, ein mit solchen — ich darf wohl sagen: Weiterentwicklung, vertrauter Mann — am Arbeitsplatz? Die Vergehung der Arbeit in diesen Räumen macht es nach meiner Auffassung zur Notwendigkeit, daß ein derart Vorgesetzter Mann imstande die Aufsicht führt, denn die Vergehung dieser Arbeiter erscheint mir im höchsten Grade bedenklich und sie ist auch den Arbeitern immer bedenklich gewesen. Sie ist an eine Tiefbauunternehmerfirma Grax vergeben gewesen, die die Arbeiten im Afford ausführen ließ; d. h. nicht die Arbeiter arbeiten im Afford, sondern in Tagelohn, aber die Firma übernahm die Arbeit gegen Affordierung. Die Arbeiter haben mir versichert, daß diese Firma Grax sehr wählbar gewesen ist, und sich meldende Arbeiter aus dem Betrieb nicht angenommen hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Dieser Tiefbaufirma war als Entgelt eine Bewachung gegen Totenleistung zugesichert. Den Arbeitern drängt sich die Empfindung auf, daß dieses Zahlungssystem zu Sprengver-tungen geführt hat, bei denen es auf die Lösung großer Mengen ankam, und ich glaube diese Befürchtung der Arbeiter hat etwas für sich. Eine weitere Gefahrenquelle erblicken die Arbeiter in einer Brämierearbeit, die zuerst im September 1920 eingeführt und im November 1920 eine Erweiterung erfahren hat. Bei der Einführung dieses Afford- und Brämiensystems hat die Arbeitervertretung nicht mitgewirkt. Die Untersuchung aller dieser Mittelungen, über die ich hier objektiv berichten, betrachte ich als eine dritte Forderung, deren Erfüllung ich von der Regierung wünsche. Ein Viertel! Die weitere Produktion darf nicht erfolgen, solange Wissenschaft, Technik und Praxis die Ursachen des Uebels und seine Verhütung nicht erdacht haben. Es muß also dafür gesorgt werden, daß an eine Sprengung der Silos nicht herange-gangen werden kann, solange die Ursache des Unglücks nicht festgestellt ist und man nicht die Sicherheit hat, daß ein zweites nicht erfolgen kann.

Zünftens. Den Opfern der Hinterbliebenen ist weitgehende Hilfe durch den Herrn Präsidenten der Republik zugesagt. Wir hoffen, daß diese Zusage erfüllt wird. Diesem Zweite dient der erste Teil unserer heutigen Interpellation. Die Hilfe darf sich nicht beschränken auf die private Wohltätigkeit. Sie darf sich nicht beschränken auf die Hilfe der Betriebsleitung, sie muß in breitem Strom fließen. Wir machen uns da das zu eigen, was der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in Gemeinschaft mit dem Afa-Bund als Forderung aufgestellt haben. Mit dem Wesen der gewerkschaftlichen Forderungen deckt sich auch ein, dem Reichstage vorliegender Antrag der Unabhängigen. Die übrigen, dem Hause vorliegenden Anträge der Linksparteien bedenken sich soweit ich übersehen kann, im wesentlichen auch mit den Forderungen der Afa. Wir fordern auch die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsaus-schusses. Es wird Sache der Praxis sein, zu entscheiden, ob das ein parlamentarischer oder ein anderer Ausschuss zu sein hat.

Zum Schluß möchte ich nur noch einmal zusammenfassend sagen, daß es ganz selbstverständlich ist, daß auch der schwergeprüften Bevölkerung von Oppau und Umgebung, soweit sie nicht zu den Betriebsarbeitern gehört, ausreichende Hilfe gewährt werden muß. Der Kürze halber und aus einem anderen Grunde, habe ich mich über die wirtschaftlichen Schäden nicht verbreitet. Aufklärung der Ursachen, ihre Abstellung, Erweiterung der Unfallver-

tung sind rasch notwendig, wenn Beruhigung unter der Arbeiterschaft in Ludwigshafen, wenn Beruhigung unter der Arbeiterschaft überhaupt eintreten soll. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsarbeitsminister Braun konnte über die Ursachen der Explosion noch keinerlei Auskunft geben. Versuche der technisch-chemischen Reichsanstalt haben ebenfalls zu keinem brauchbaren Ergebnis geführt. Das Ammoniat-Sulfatsalpeter, dessen Lager-schuppen in Oppau in die Luft geflogen ist, zeigte auch bei diesen Versuchen im allgemeinen keine Explosionsfähigkeit. Nur in Köhren mit starker Initialzündung konnte es zur Explosion gebracht werden. Solche Bedingungen lagen aber in Oppau nicht vor. Es ist überhaupt festzuhalten, daß die Explosion nicht an der Produktionsstätte, sondern auf dem Lager erfolgt ist. Der Minister versprach, die Untersuchung fortzusetzen. Eine Spezialgesetgebung aus Anlaß eines Unglücks, auch wenn es so groß sei, lehnte der Minister ab. Die Reichsregierung hat einstweilen 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt und ist nötigenfalls zu größeren Ausgaben bereit.

Sofmann-Ludwigshafen (Zentr.) wandte sich gegen die Phantasiemeldungen englischer und französischer Zeitungen, als ob in Oppau heimlich neue Explosionsstoffe hergestellt würden. Der Demokrat Dietrich-Baden übergab dem Parlament ein Gutachten des Prof. Haber, des Entdeckers der in Oppau angewandten Verfahren. Auch er steht vor einem Rätsel. Den Schluß der Rednerliste machte der Kommunist Kemmle, der eine sehr schwache Rede hielt und, da er sich von den sonst bei ihm üblichen Schimpfereien fernhielt, kaum Beachtung fand.

Es wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Feststellung der Ursachen des Massenunglücks einzusetzen beschlossen. Weitergehende kommunistische Anträge mußten, weil sie blanken Ansinn enthielten, abgelehnt werden. Ein unabhängiger Antrag, der ein Notgesetz zur Erhöhung der Sozialrenten und eine baldige gründliche Reform der Reichsversicherungsordnung verlangte, wurde dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Der Donnerstag ist Sitzungsfrei; am Freitag Beginn der großen politischen Aussprache.

Rathenau über die deutschen Reparationsleistungen.

Die Münchener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschäftigte sich mit der Frage der Reparationen. Der Vorsitzende, Dr. Ing. Sorge, erklärte, es bestehe die zwingende Forderung, bis zu der äußersten Grenze der Möglichkeit die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Der gute Wille muß vorhanden sein und bewiesen werden. Die Unmöglichkeit der Erfüllung könne nur die Tat beweisen. Eine durchgreifende Reichsfinanzreform sei unbedingt erforderlich. Die Ausgaben seitens des Budgets müssen revidiert werden, aber auch bei gelungener Finanzreform seien die Möglichkeiten, das Ultimatum zu erfüllen, im höchsten Maße zweifelhaft.

Außenminister Dr. Rathenau,

der die Grüße der Reichsregierung überbrachte, betonte in seiner Rede u. a.: Unter dem Drange seiner wachsenden Bevölkerung ist Deutschland ein industrielles Land geworden. Für die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit gibt es keine Grenzen. Das Moment der Erfüllung nach dem Kriege ist überwunden, die Wiederherstellung des Landes ist im Zuge. Die wirtschaftliche Leistung der letzten drei Jahre verdiente die Anerkennung der ganzen Welt. Die Regierung selber wünscht stärkeren Einfluß der Regierung auf die Leistung des Reiches. Der große Gedanke der Industrieförderung müsse die Brücke werden zur Verbreiterung des Regierungsbasis. Er hoffe, daß Klarheit darüber geschaffen werde, wie weit die Kräfte der Industrie zum Wohle des Reiches angespannt werden können.

Im Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist, so fuhr der Redner fort, die geplante Kreditition gestern prinzipiell angenommen worden bei fünf Stimmenthaltungen von der Deutschnationalen Partei nachstehenden Herren. Einigkeit ist die Forderung besonders dieser Zeit. Er habe nicht gesagt: „Wir können es schaffen, wenn wir nur wollen.“ Er habe sich schärf gewendet gegen den Indez, doch wünsche er die Erörterung über unsere Leistungsfähigkeit nicht weiterzuführen. „Was wollen diejenigen, die immer behaupten, wir können nicht zahlen. Was wollen diese Leute? Die Zahlungen einzustellen, ist unmöglich. Wir müssen zur Restitution der Welt beitragen. Den Punkt, bis zu dem das möglich ist, müssen wir erreichen. Die restlose Erfüllung des Ultimatus würde die Welt wirtschaftlich noch viel schärfer treffen als uns selbst. Die Weltwirtschaft wird das „Unmöglich“ sprechen. England hat drei, Amerika sechs Millionen Arbeitslose, in der nächsten Zeit vielleicht acht Millionen. Die Zahl der Arbeitslosen auf der anderen Seite ist fast so groß wie die Zahl ihrer Kämpfer. Je mehr Deutschland arbeiten muß, desto mehr müssen die andern feiern. Rentnerstaaten sind eine Unmöglichkeit, jedes Land muß arbeiten. Auch die größte deutsche Leistungsfähigkeit werde nur jeden fünften Arbeitslosen ernähren. Eine internationale wirtschaftliche Verständigung müsse erreicht werden. Auch Churchill fordert diese Kooperation. Er begründet den Gedanken eines Weltwirtschaftskongresses. Ein neuer Organismus des weltwirtschaftlichen Zusammenwirkens muß geschaffen werden. Die deutschen Bonds sind nicht in Umlauf zu setzen. Diese Art der Finanzierung der Weltkredit ist gescheitert. Man nehme die Bonds nicht einmal mit 50. Diese Bonds sind nicht fundiert. Der einzige Weg, der hiesig, ist der der verständigen

Ausfrage. Diesen Weg habe ich mit Frankreich zu beschreiten gesucht. Diese Verhandlungen dürfen mit politischen Transaktionen nicht verwechselt werden. Die Schwierigkeit eines französischen Wiederaufbaues ist eine finanzielle. Frankreich ist in seinen Mitteln beschränkt. Die Bewohner des Wiederaufbaubereichs aber wünschen die Beschleunigung und auch wir wünschen die Beschleunigung. Wir tragen von allen Reparationsleistungen am schwersten an der Beschaffung von Devisen. Beweis hierfür ist die Entwertung der Mark. Wir müssen Sachwerte hergeben. Das Problem ist der Ersatz von Gold durch Sachleistungen. Jetzt sei der Anfang dazu gemacht, aber man müsse sich bemühen, weiter auf diesem Wege zu kommen. Die französische Industrie ist von begrenzter Leistungsfähigkeit und schadet sich, wenn sie ihre ganzen Kräfte auf den Wiederaufbau richtet. Die französische Industrie steht das auch ein. Augenblicklich arbeitet die deutsche Industrie stark. Das sei aber die Folge des Marksturzes. Aber wie werde die Befestigung der deutschen Industrie später sein? Wir müssen uns volle Befestigung der Wirtschaft sichern. Bei Spezialleistungen soll freier Handel herrschen mit freiem Einkauf und Verkauf. Bei fungiblen Waren müßte ein System gefunden werden.

Es stehe eine nochmalige Besprechung mit den Franzosen bevor. Es handle sich um Leistungen in Höhe von 7 Milliarden im Laufe von 4 1/2 Jahren. Private Organisationen werden auf beiden Seiten entstehen. Die Preisbemessungen sind an ein Indizeschema geknüpft, ausgehend von den Preisen von 1914. Frankreich könne nicht sofort voll zahlen. Wir werden der Bankier unseres Gläubigers. Um diesen Punkt drehe sich die Diskussion. Aber wenn wir Dollars gegen Papier kaufen müssen, so sei unsere Lage eine noch schlechtere. Besser sei, daß wir Papiermilliarden in die eigene Wirtschaft stopfen, als das wir den Dollar in die Höhe treiben. Die Schaffung einer Organisation zur Abwicklung der Beträge ist sehr schwierig. Die freie Wirtschaft wäre ihm persönlich das liebste gewesen. Diese Möglichkeit bestehe aber nicht. An einer einheitlichen Stelle müßten die Beträge einlaufen.

Aufhebung der Sanktionen.

Paris, 28. September. Ministerpräsident Briand, der Vorsitzende des Obersten Rates, hat dem deutschen Botschafter Dr. Mayer heute mittag eine Note überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die wirtschaftlichen Sanktionen mit Wirkung vom 30. September aufgehoben werden.

Ablehnung der Russenhilfe in Genf.

Genf, 27. September. In zweistündiger Beratung brachte die 6. Kommission des Völkerbundes den Beweis, daß das geplante Hilfswerk für Rußland seitens des Völkerbundes so gut wie gescheitert ist. Zwar sollen die Beratungen morgen fortgesetzt werden, um noch verschiedene Vorschläge zugunsten Rußlands zu prüfen, aber so viel steht fest, daß die Mächte haben endgültig die von Rußland abgelehnte Hilfe für Rußland abgelehnt. Der Vorschlag für die Unterkommission für Rußlandhilfe, den der Schweizerische Delegierte vorgebracht, läßt keinen Zweifel mehr darüber bestehen, daß damit auch die wirkliche Völkerbundaktion unmöglich geworden ist. Motiviert wird die Weigerung damit, daß Rußland noch über beträchtliche Geldmittel verfüge. Die Kommission muß sich angesichts der Weigerung der Mächte an die privaten Hilfsorganisationen wenden und sich mit der Hoffnung begnügen, daß die bevorstehende Brüsseler Konferenz, an welcher auch die Vereinigten Staaten und Deutschland teilnehmen werden, eine Lösung finde. Man glaubt sie durch Liquidation der Kriegsschiffe und Naturalienlieferungen an Rußland zu ermöglichen. In ergreifenden Worten beklagte Rußland, daß die Kredithilfe verweigert wird. Er protestierte gegen den ungeheuren Eigenfeldzug der Völkerbundkommission. Die Tatsache, daß 20 Millionen Menschen vom Tode bedroht sind, sei so furchtbar, daß er unmöglich glauben könne, Europa könne angesichts dieser Not mit verchränkten Armen zusehen.

Deutschlands Entwaffnung.

Pondach, 28. September. (Reuter.) Die Interalliierte Kontrollkommission hat ihre Aufgabe der Zerstörung der von Deutschland ausgelieferten Waffen so gut wie beendet und bezieht sich jetzt auf die Kontrolle der verschiedenen Polizeitruppen. Bis Mitte September sind nur noch 102 Gewehre zur Vernichtung übrig geblieben, nachdem 3280 Gewehre bereits zerstört worden sind. Es müssen noch 1 Million Patronen geladener Granaten zerstört werden, 34 Millionen Patronen sind bereits zerstört worden. Es sind nur noch 185 Granatmörser vorhanden, während 110.840 (?) bereits zerstört worden sind. 2852 Maschinengewehre sind noch unzerstört, ausgeliefert und zerstört. In Rumänien sind kleine Waffen für 355 Millionen Personen, 90 Millionen noch vorhanden. Die Kontrollkommission ist von den Sachrichtern der Auslieferung und Zerstörung der deutschen Waffen vollkommen befreit. In amtlichen Kreisen wird erklärt, es bestehe nicht die geringste Befürchtung wegen irgendeiner Möglichkeit, daß Deutschland in der Lage sein könnte, ein so großes Heer zu organisieren und auszurüsten, daß es irgendeine Gefahr für die Alliierten bedeute. Männer seien natürlich reichlich vorhanden. Es fehle jedoch an allen nötigen Waffen und an Auszubildenden.

Moskau rebell.

London, 28. September. Man hat Telegramme telegraphisch um Mitteilung ermahnt, ob die Nachricht, daß 14 Mitglieder des allrussischen Hilfskomitees zum Tode verurteilt worden seien, den Tatsachen entspreche. Eine Antwort auf dieses Telegramm ist bisher noch nicht eingegangen.

Neue Handelsverträge Sowjetrußlands.

N. Z. Ein kurzer Abriß der Handelsverträge zwischen Sowjetrußland und Norwegen abgeschlossen worden. Der Inhalt der norwegischen Bank- und Handelsverträge ist im Anhang einer Denkschrift mit dem Inhalt

gegen den Abschluß dieses Handelsvertrages ein. Darin wird besonders auf das (neuerdings von Rassin betonte) Monopol der Sowjetregierung am Außenhandel Bezug genommen, das ihr erlaubt, die Freie zu drücken. Katastrophal habe diese Lage besonders auf dem Fischhandel in Norwegen gewirkt. Außerdem wird die völlige weltliche Unsicherheit norwegischer Firmen in Rußland, sowie das Ausschleiben des Norwegens von Sowjetrußland zugebilligten Schadensersatzes im Werte von 250 Millionen Kronen betont. Die norwegische Regierung habe die norwegischen Interessen der Sowjetregierung zum Opfer gebracht, so schließt die Denkschrift.

Nach den Mitteilungen des „Messager“ bleibt auch die Unterzeichnung des italienisch-russischen Handelsvertrages bisher hauptsächlich deswegen aus, weil über das von der Sowjetregierung beanspruchte Recht für italienische Waren mit Werten zu zahlen, die früher Ausländern gehörten, noch keine Einigung erzielt werden konnte, wenngleich die Sowjetregierung sich bereit erklärte, im Falle des Nachweises, daß solche Werte Italienern selbst gehört hätten, Goldzahlungen zu leisten.

Reichsregierung und Eidesverweigerer.

Die Reichsregierung hat die Anfrage der Abgg. Wels und Müller-Franken, betr. Eidesverweigerung einzelner Beamten usw., wie folgt beantwortet:

„Die Reichsregierung hat alsbald nach der Veröffentlichung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Aug. 1919, betreffend die Vereidigung der öffentlichen Beamten, für die Reichsbeamten die Ableistung des in dieser Verordnung vorgeschriebenen Eides auf die Verfassung angeordnet. Sie hat sich ferner von den Regierungen der Länder mitteilen lassen, daß die Verordnung auch hinsichtlich der Landesbeamten durchgeführt sei. Fälle von Eidesverweigerungen sind vereinzelt bekannt geworden und haben entweder durch Ausscheiden der betreffenden Beamten oder durch Einleitung von Disziplinarverfahren gegen sie ihre Erledigung gefunden. Daß die zur Durchführung der Verordnung ergriffenen Maßnahmen zum großen Teil wirkungslos geblieben seien, ist nicht richtig. Außer dem in der Anfrage erwähnten Hamburger Fall sind erfolgreiche Eidesverweigerungen nicht zur Kenntnis der Reichsregierung gekommen. Das Urteil des Disziplinarhofes in Hamburg hält die Reichsregierung für einen Fehlpruch; das Urteil kann jedoch als letztinstanzliches nicht bestritten werden. Andererseits hält es die Reichsregierung für nicht vereinbar mit der Reichsverfassung, daß die Eidesverweigerer im Amte bleiben. Sie hat deshalb die Hamburgische Regierung gebeten, die Eidesverweigerer nochmals zur Eidesleistung aufzufordern und ihnen unter Hinweis auf die von der Reichsregierung in der Nationalversammlung am 16. Dezember 1919 auf die Anfrage von Gräfe und Gen. erteilte Antwort zu eröffnen, daß die in der Verordnung vom 14. August 1919 vorgeschriebene Eidesform, nur die Bedeutung habe, daß der Beamte gelobe, in seiner Tätigkeit als Beamter die Bestimmungen der Verfassung getreulich zu beachten, daß sie dagegen nicht die in der Verfassung den Beamten gewährleisteten Rechte, insbesondere die Freiheit der politischen Meinung, einenge. Sollten auch noch dieser Eröffnung die Beamten sich weigern, den Eid zu leisten, werden, wie ich annehme, die Disziplinargerichte eine Dienstpflichtverweigerung feststellen.“

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages beschäftigte sich am Mittwoch mit der innerpolitischen Lage und dem Beschluß des Görtzler Parteitag über die Koalitionspolitik. Jetzt steht, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion ihrerseits die Initiative nicht ergreifen wird, um die Umbildung der preußischen Regierung zu fördern. Sollten von den anderen Fraktionen des Landtages Verhandlungen eingeleitet werden, so wird die Fraktion selbstverständlich die Görtzler Mindestforderungen den Beratungen zugrunde legen.

Ein Reichstagsabgeordneter unter militärischer Zensur.

In Königsberg ist Genosse Lühring Polizeipräsident. Er ist Mitglied des Reichstages. Als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter hat er jüngst aus Anlaß des Erberger-Mordes eine scharfe Rede gehalten, in der er auch Kritik an dem monarchistischen Einschlag der Reichswehr und an der Klassenjustiz im Reich übte. Darob große Entrüstung im Reichswehrministerium und im preußischen Ministerium des Innern. Diese Herrschaften scheinen nicht über Lust zu haben, einem Volksvertreter, wenn er zugleich Polizeipräsident ist, den Mund verbieten zu wollen. Nach der Auffassung dieser sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten ist auch eine wahrheitsgemäße Kritik an der Reichswehr und an der Rechtsprechung für einen politischen Beamten unzulässig, selbst wenn er in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter spricht. Konsequenz durchgedacht, würde das bedeuten, daß sich das Reichswehrministerium und das preußische Ministerium des Innern auch eine Zensur an solchen Abgeordneten herausnehmen, wenn sie von der Tribüne des Reichstages sprechen. Wir erwarten, daß solchen Anmaßungen gleich und gründlich begegnet wird.

Die Deutsche Volkspartei auf dem hohen Ross.

Auf die von den demokratischen Fraktionen erhobene Forderung, daß die Deutsche Volkspartei ein unzweideutiges Bekenntnis zur demokratischen Republik ablegen müsse, ehe sie in die Koalition einreten könne, löst diese Partei offiziell in der „Deutschen Allg. Zeitung“ erklären, daß derartige Forderungen der beste Weg seien, die Koalition unmöglich zu machen. Die Deutsche Volkspartei verweise auf ihre wiederholten Erklärungen zur Verfassungsveränderung. Jede Forderung, wie sie hier von demokratischen Seite aufgestellt wird, sei ohne Diskussion abzulehnen. Die Volkspartei gehe durch kein kantinisches Loch. Wünsche man in demokratischen Kreisen dies zu tun, so möge man auf weitere Verhandlungen verzichten. Diese etwas theatralisch gehaltene volksparteiliche Erklärung zeigt ausnew, daß auch die bisherige Haltung alles andere als eine Eidesverweigerung an die Volkspartei gewesen ist. Sie dreht sich um die Verhandlungen, die in Stuttgart für eine

Koalition zwischen Sozialisten und bürgerlichen Republikanern aufgestellt worden sind. Wir können in Ruhe abwarten, ob und wie die Welterung der Deutschen Volkspartei zu einer republikanischen Verfassungspartei sich vollzieht.

Der „Vorwärts“ nimmt zu dem Thema „Koalitionstränen“ erneut Stellung. Es heißt darin: „Zentrum und Demokratie müssen einsehen, daß die Sozialdemokratie in ein umgebildetes preußisches Kabinett nur dann eintreten kann, wenn sein Gesamtcharakter die Erfüllung der Görtzler Forderungen garantiert. Ein solches Kabinett kann in Preußen geschaffen werden mit den Volksparteilern, wenn in den zu berufenden Persönlichkeiten die notwendigen Garantien gegeben sind, aber auch ohne die Volksparteiler, da ja auch ohne diese eine knappe Mehrheit für die alte Koalition besteht. Hätten wir noch eine einzige Sozialdemokratie oder auch nur eine zuverlässig funktionierende Arbeitgemeinschaft im Reich und in Preußen, dann wäre der Sozialdemokratie, die notwendigen Görtzler Beschlüsse zu fassen erpart geblieben. Auch jetzt wären noch, falls sich die Unabgängigen zu einer Politik der positiven Mitarbeit bequemem wollten, überraschende Wendungen möglich.“

Kleine politische Nachrichten.

Seine auffehrende Verhaftung. Unter dem Verdacht des Meineides und des gemeinschaftlichen Betruges ist der bisherige Präsident der Berliner Handwerkskammer und Ehrenobermeister Karl Rahardt am Montag in Ebing verhaftet worden. Zu gleicher Zeit wurden in Berlin der Handwerkskammersekretär Hofmann und noch einige andere Personen festgenommen, die in die gleiche Angelegenheit verwickelt sind.

Verbot einer „Geerschau“. Der Polizeipräsident von Berlin hat die für den 2. Oktober im Sportpalast zu Berlin geplante „Geerschau Schwarz-Weiß-Rot“ verboten. Die Veranstalter der geplanten Geerschau gehören den gleichen Kreisen an wie die Veranstalter des sogenannten Frontkämpfertages. Auf der „Geerschau“ sollte eine Sitzung der deutschen Ehrenbrigaden des Weltkrieges durch den Ordensrat des Verbandes nationalgesinnter Soldaten sowie eine Weihe der schwarz-weiß-rotten Kampfahne des deutschen Heeres stattfinden.

Das „Mickbacher Tageblatt“ ist unter Zensur gestellt worden.

Die Eisenbahntarif-Erhöhung. Durch die Erhöhung der Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter, sowie durch die Steigerung der Preise aller Materialien erwächst der Reichseisenbahnerverwaltung eine jährliche Mehrausgabe von rund 7 Milliarden Mark. Der vorläufige Reichseisenbahnrat stimmt dem Vorschlag der Reichseisenbahnerverwaltung zu, zur Deckung dieser Kosten eine Tarif-Erhöhung von 30 Prozent vorzunehmen. Die Erhöhung wird für Güter- und Personenerkehr zum 1. November, für Expeditur- und Personenerkehr zum 1. Dezember durchgeführt.

Bayerns böser Geist erledigt.

Der Polizeipräsident Pöchner ist zurück getreten. Er erklärt, daß die Verhältnisse es nach seiner Überzeugung noch nicht gestatten, die bewährten Bestimmungen des bayerischen Ausnahmestates preiszugeben, zumal für die nächsten Monate die schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens bevorstehen. Unter diesen Umständen sei er außerstande, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiterhin zu übernehmen und habe um Enthebung von seinem Amte gebeten.

Der Rücktritt des Münchener Polizeipräsidenten Pöchner ist von noch größerer politischer Bedeutung als der v. Kahr's. Pöchner war der eigentliche Führer der bayerischen Regierung, v. Kahr stand unter seinem Einfluß. Dies Verschwinden ist die beste Garantie für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in München und in Bayern überhaupt.

Die Vereinbarungen mit Bayern.

Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes. Neue Verordnung des Reichspräsidenten.

München, 27. September.

Vor Eröffnung der Sitzung des Verfassungsausschusses wurde dem Ausschuss eine Vorlage der Regierung unterbreitet, die auf Grund der Verhandlungen mit dem Reichsfinanzler und dem Reichsminister des Innern sowie dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem bayerischen Minister des Innern folgenden Wortlaut hat:

1. Die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29. und 30. August 1921 werden zurückgenommen und durch eine neue Verordnung ersetzt. Die neue Verordnung soll die aus dem Entwurf, der gleichzeitig dem Landtag vorgelegt wird, ersichtliche Fassung erhalten und spätestens am 29. September 1921 erlassen werden.
2. Die bayerische Staatsregierung wird die Verordnung über den Ausnahmezustand spätestens am 6. Oktober 1921 mit Wirkung vom 15. Oktober 1921 außer Kraft setzen.
3. Die Zustimmung des bayerischen Gesamtministeriums und des Verfassungsausschusses des bayerischen Landtages zu dem vereinbarten Entwurf der neuen Reichsverordnung und zur Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern wird dem Reichsfinanzler rechtzeitig zum 28. September 1921 mitgeteilt werden.
4. Zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung besteht Übereinstimmung darüber, daß die Landesregierungen nach Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung nach wie vor berechtigt sind, bei Gefahr im Verzug auch weiterhin einseitige Maßnahmen zu treffen, die über den Inhalt der neuen Verordnung hinausgehen. Die Reichsregierung wird solchen Maßnahmen gegenüber eine logale Haltung einnehmen.
5. Die bayerischen Volksgerichte stehen mit dem auf Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung gestützten bayerischen Ausnahmezustand nicht in Zusammenhang und werden daher durch die hierüber geführten Verhandlungen nicht berührt.

Das Gesamtministerium hat den Vereinbarungen am 27. September 1921 zugestimmt. Der Vorlage der Regierung ist der Entwurf der Verordnung des Reichspräsidenten, wie er aus den Vereinbarungen hervorgegangen ist, beigelegt. Die Änderungen beziehen sich auf die §§ 1, 4 und 7. § 1 hat die Abänderung erfahren, daß statt der Worte „Vertreter der republikanisch-demokratischen Verfassung“ gesetzt worden

Personen des öffentlichen Lebens. § 4 lautet in der neuen Fassung:

Zuständig für Verbote nach den §§ 1 und 3 und für Beschlagnahmen nach § 2 sind die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden. Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Auspruch eines Verbotes oder einer Beschlagnahme ersuchen.

§ 7 lautet in der neuen Fassung:

Gegen ein Verbot nach den §§ 1 und 3 und eine Beschlagnahme nach § 2 ist die Beschwerde zulässig. Sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Landeszentralbehörde einzureichen. Diese kann ihr außer im Falle des § 4 Absatz 2 abhelfen.

Zu der Vorlage der Regierung hat Abg. Dr. W. Hohmann (Bay. Rp.), der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, folgenden Antrag eingebracht:

Der Ausschuss wolle beschließen, der Vollversammlung zu empfehlen, es sei gegen die Vereinbarung der bayerischen Staatsregierung vom 24. September 1921 keine Erinnerung zu erheben.

Nachdem der Ministerpräsident und Minister Dr. Schweiger das Wort genommen hatten, wurde in der Abstimmung der Antrag der bayerischen Volkspartei mit 14 gegen 8 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Für die Deutsche Republik.

Eine amerikanische Stimme.

„The New York Times“ vom 2. September schreiben bei Gelegenheit der Berliner Demonstrationen für die Republik, die im Ausland starken Eindruck gemacht haben.

„Zweifellos war bei der Demonstration für die Deutsche Republik ein politischer Zweck mit im Spiele, aber das ist nur ein Grund mehr für die erfreuliche Hoffnung, daß nach allem Deutschland wahrhaftig eine Republik ist und bleiben wird.“

Diejenigen, die bis dahin die deutsche Republik nicht sehr ernst genommen haben, sind zu einer Abbitte verpflichtet. Ein gewisser Skeptizismus, das ist richtig, war natürlich und durchaus begreiflich.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Gelegenheit dieser Demonstration in eine Krise fällt. Tatsächlich ist die ganze Geschichte der Republik ein langes und anhaltendes Zittern am Abgrund gewesen.

Eine Friedenskonferenz.

Am 11. Oktober beginnt in London eine vom Rat zur Bekämpfung des Hungers und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau sowie von der Friedensgesellschaft veranstaltete Internationale Konferenz.

Zwei „vereinigte“ kommunistische Fraktionen.

Wie die SPD hören, haben sich die bisherigen Reichstagsabgeordneten der KPD, Levi Malzahn, Reich, Dümell, Senger jr., Marie Wackwitz, Ernst Dümig und Adolf Hoffmann im Reichstag zu einer eigenen Gruppe, der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, zusammengeschlossen.

Marrismus.

Die deutschnationale Presse ist über Scheidemanns Aeußerung auf dem Görliker Parteitag, die Sozialdemokratie lasse sich an Liebe zum deutschen Volke von niemandem übertreffen, außerordentlich empört.

Wir wollen uns mit der „Kreuzzeitung“ ebensowenig in eine Debatte einlassen über Marxismus als mit der berühmten Leuchte der Lübecker Deutschen, die nach einer halben Minute zugab, von Marx überhaupt nichts zu kennen.

Palast und Rheinlandbesetzung.

Das wahnsinnige Hinausschnellen des Dollars in Berlin, der gestern bereits auf 117% stand, während er noch vor sechs Wochen 70 kostete, hat seinen Hauptgrund in dem Mißtrauen des Auslandes gegen die deutsche Finanzlage.

Volkswirtschaft.

Die Geldbeschaffung durch Auslandskredite.

Die Beratungen über den von der deutschen Industrie vorgeschlagenen Plan zur Beschaffung der Reparationssummen nehmen ihren Fortgang. Der Reichszentralbanker hat nunmehr auch mit den Vertretern der Landwirtschaft, die ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt haben, verhandelt.

der Substanz seines ganzen Wertes. Diese außerordentlichen Verpflichtungen nach außen die nur wenige übernehmen, müssen innerwirtschaftlich natürlich durch weitgehende Rückendebungen gesichert sein.

Die Auffassung über die Möglichkeit, mehrere Milliarden Goldmark im Ausland auf Grund der Bürgschaft der ganzen deutschen Wirtschaft zu erhalten, gehen weit auseinander.

Inzwischen ist man im Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats mit der Beratung des von Dr. Hagenburg-Mannheim entworfenen Organisationsplanes zu diesem Projekt soweit gekommen, daß intime Besprechungen mit der Regierung stattfinden können.

Der Dollar 126 Mark.

Die Devisenpekulation an der Berliner Börse nahm auch im Laufe des Mittwoch ihren Fortgang. Der Dollar, der in den Abendstunden des Dienstag auf 121 1/2 zurückgegangen war, wurde erneut bis auf 128 gesteigert.

„Es ist seit einiger Zeit in Neuyork aufgefallen, daß vor der amtlichen Kursnotierung aus Berlin, die meist erst zum Börsenschluß oder zur Nachbörse dort eintrifft, sogenannte private Kursmeldungen noch zur Hauptbörsezeit eintreffen.“

Buttermarkt.

Die heutige 17. Auktion der Meierei-Verbände von Schleswig-Holstein war außerordentlich zahlreich besucht. Bei noch etwas größeren Zufuhren wie in der Vormoche herrschte eine äußerst rege Kauflust.

Devisen-Kurse.

Table with columns: City, Currency, 28. Sept., 27. Sept. Includes entries for Amsterdam, Brüssel, Kristiania, Kopenhagen, Stockholm, Helsingfors, Rom, London, New York, Paris, Zürich, Madrid, Wien, Budapest, Prag.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Table with columns: Dampfer, Segler, Schiffname, Kapitän, Herkunftsort, Fahrzeit, Lage, Stb. Includes arrivals on 28. and 29. September 1921.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freieigentum Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Finanzen und Reichsministerialbüro Heinrich Steinberg.

Kücknitz.

Dieckelmanns Gasthof.
Sonntag, d. 1. Oktober:
Konzert und Ball
ausgef. von der Stadtkapelle
Dassow. Leit.: Dir. Abshagen.
Hierzu laden freudig ein
W. Dieckelmann. W. Abshagen.
(7027)

**Sozialdemokratischer
Verein Lübeck.**
12. Distrikt (Markt)

Freitag, den 30. Septbr.
abends 7 1/2 Uhr.
bei Groth, Kottwitzstraße
**Versammlung
der tätigen Genossen**

Zahlreiches Erscheinen er-
wartet. (7060)
Der Distriktsführer.

**Allgemeiner Deutscher
Gewerkschaftsbund.**
Ortsausschuß Lübeck.

Sitzung

am Freitag, dem 30. September
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quart.
2. Abrechnung vom Gewerkschaftsstell.
3. Stellungnahme zum Ankauf des Gewerkschaftshauses.
4. Eingänge.

Zu dieser Sitzung sind die sämtlichen Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände eingeladen.

Das Erscheinen aller beteiligten Genossen ist unbedingt erforderlich.

Das Gewerkschaftsfeiern-Komitee tritt um 6 Uhr im Sekretariat zusammen.
(7054) Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-
Verband.**

Verwaltungsstelle Lübeck.
(7039)

Achtung!

Elektriker!

Versammlung

am Sonntag, dem 1. Oktober
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Neuere Lohnbewegung.

Das Erscheinen der Kollegen ist dringend erforderlich.
Mitgliedsbücher vorzeigen.
Die Ortsverwaltung.

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut
ihre Arbeitskleidung
bei (7015)

Otto Albers

Markt 4, Kohn. 18
Hgl. d. H. Spira, Ecken

Der Puppenmacher
macht jede kranke Puppe.
7016 E. Herfel, Alster 74.

Freitag 1.
Sonntag

ang. Jett. Kollmann
und Wurf.

Fr. Kollmann,
Niederstraße 8. (7052)

Was

geht am Warenmarkte vor?

Alle Rohstoffe sind erheblich im Preise gestiegen!

Der Preisrückgang in allen Branchen hat hierdurch sein Ende erreicht!

Eine Aufwärts-Bewegung der Preise macht sich auf allen Gebieten bemerkbar!

Weitere Preissteigerungen sind unsers Erachtens unaufhaltsam!

Jetzt ist somit der richtige Zeitpunkt alle für die kommende Zeit geplanten Einkäufe vorzunehmen.

Vor Monaten und gerade noch zur allerbilligsten Zeit tätigten wir, gemeinsam mit unserm Riesen-Einkaufs-Konzern, gewaltige Abschlüsse, dabei besonderen Wert auf nur gute Qualitäten legend.

Wir können und werden Ihnen nun durch eine großzügige Kaufveranstaltung Gelegenheit geben, sich für den Winter zu ganz billigen Preisen einzudecken.

Unser morgen beginnender großer



wird ein Ereignis für das kaufende Publikum sein.

Holstenhaus

Lübeck

Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

sämtlicher
Hafenarbeiter
am Freitag, dem 30. September
abends 8 Uhr
im Lokale des Herrn F. Leander,
Hundestraße 41.
Tagesordnung:

Bericht von der Konferenz
in Hamburg.
7087) Die Ortsverwaltung.

Ab 27. September
bis 3. Oktober:

Don Juan und die Heilige.

5 Akte aus dem Mysterium
des verlorenen Paradieses
von Robert Heymann.
Dieses Werk ist reich an
Ausstattung, sowie an Hand-
lung und übertrifft wohl
bisher alles Gesehene.
Mela Schwarz ist eine
fesselnde und liebreizende
Darstellerin.

Der Knabe Gros

oder (7055a)
Gündige Liebe.
Eine Episode aus dem Leben
eines Jünglings in einem
Vorspiel und 5 Akten.

Die Gespenster-Bally

Rußspiel in 3 Akten.

Zentral- Theater

Johannisstraße 25.
Fernruf 1359.
Spielzeit 4-11 Uhr.
Beginn der letzten Vor-
stellung 8 Uhr.

HANSA- THEATER

Täglich
abends 7 1/2 Uhr:
Die Kinokönigin.
Operette in 3 Akten
von Gilbert. (7028)

Stadttheater Lübeck.

Donnerstag, 29. Sept. 7 Uhr
Serobes und Mariamne.
7. Ab.-Vorst. Buchst. C.

Freitag, 30. Sept. 7.30 Uhr.
Das Rheingold.
7. Ab.-Vorst. Buchst. C.

Sonntag, 1. Okt. 7.30 Uhr
Phigeneie.
4. Vorst. i. Sonntags-Ab.

Sonntag, 2. Okt. 2 Uhr.
4. Vorst. f. den Arbeiter-
Bildungsverein.

Die Zauberkiste.

Sonntag, 2. Okt. 7.30 Uhr.
Neuheit!
Die Blaue Magd.
Operette von Franz Lehár.

Kammerspiele des Stadttheaters.
Fünfhausen 17/19.

Freitag, 30. Sept. 7.30 Uhr.
Der Sohn.

Sonntag, 2. Okt. 7.30 Uhr.
Der Sohn. (7022)

Kolosseum.

Donnerst., 29. Sept. 7.30 U.
2. Volksmusikales Konzert
im Donnerstag-Abend.

des Sinfonie- u. Stadt-
theaterorchesters. Leiter:
Wolfgang Martin. So-
listin: Anna-Lisa Mat-
son.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 29. September.

Zum Bezirksparteitag, der am 2. und 3. Oktober in Lübeck stattfindet, bitten wir die Parteigenossen, soweit es möglich ist, Delegierte bei sich aufzunehmen. Meldungen ersuchen wir unter Angabe, ob unentgeltlich oder gegen Bezahlung, an das Parteisekretariat, Johannisstraße 50, richten zu wollen.

Achtung, Delegierte des D. A. und Gewerkschaftsvorstände!
Morgen abend 7 1/2 Uhr findet eine äußerst wichtige Sitzung des Ortsausschusses statt. Das Erscheinen aller Delegierten und Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften ist notwendig. Das Gewerkschaftsfestkomitee tritt um 8 Uhr im Sekretariat zur Abrechnung zusammen. Siehe Inserat in der heutigen Nummer des Volksboten.
Der Vorstand.

Risse im Bürgerblock.

Der mühselig gekittete Bürgerblock hat bei der ersten Belastungsprobe große Sprünge erhalten und es ist nicht ausgeschlossen, daß er gänzlich auseinanderfällt. Es wäre schade, jammerschade, wenn dieses Gebilde vorzeitig in die Brüche gehen und Lübeck somit rettungslos von dem roten Drachen verschlungen würde. Wie hat man bisher in allen bürgerlichen Wäldern Lübecks die Einheitsfront hejubelet; niemand konnte jetzt dem Mischmasch den Sieg streitig machen. Von den 80 Sigen hatte man bereits 42 unter sich verteilt. Alles Trennende, alle sogenannten Parteieninteressen waren zurückgestellt worden; einzig und allein das Wohl der Vaterstadt sollte die Richtschnur des Handelns bilden. Und wie ist es nun heute? Bereits bei der Aufstellung der Kandidatenliste zeigt sich, daß man die Partei- und Eigeninteressen über alles stellt. Jeder will recht viele Kandidaten an sichere Stelle bringen, jeder strebt nach einem Bürgerchaftssitz, vom Wohl der Vaterstadt hört man nichts mehr. Der Schwindel hat sich also frühzeitig offenbart.

Nachdem die edlen Brüder und Retter Lübecks sich nun um die Erlangung der Bürgerchaftssitze so furchtbar in die Haare geraten sind, will keiner die Schuld an dem Zusammenbruch der Einheitsfront tragen. Einer schiebt die Schuld auf den andern. Gestern noch wollte jeder der Erste gewesen sein, der für die Einigung gewirkt und sie herbeigeführt hatte. Während sich, wie wir am Mittwoch bereits berichteten, der Bürgerbund beklagt, daß ihm eine Behandlung widerfahren sei, die nicht mehr schön zu nennen wäre, behaupten heute die „politischen“ Parteien, daß der Bürgerbund zu anmaßend aufträte usw. Die Demokraten, die zunächst das Karmel sein sollten, welches gegen ein Zusammengehen mit der Sozialistenpartei war, lassen im Amtsblatt erklären, daß die Deutsche Volkspartei und das Zentrum ihren Standpunkt in dieser Frage geteilt hätten.

Die bürgerliche „Einheitsfront“ weist heute bereits drei Risse auf und es ist nach den neuesten Meldungen der hiesigen Rechtsprelle nicht ausgeschlossen, daß die politischen Parteien auch noch auseinanderfallen. Die Demokraten haben in letzter Stunde beantragt, noch zwei weitere Kandidaten von ihnen auf die Einheitsliste zu setzen. Die Deutsche Volkspartei will über diesen Antrag heute abend entscheiden. Was nun, wenn dem Antrage nicht stattgegeben wird? Werden die Demokraten abspitzen und eine eigene Liste aufstellen? Das Amtsblatt befürchtet, daß die ganze Einigung in die Brüche geht. Es beschwört heute morgen die Parteien, es ja nicht zu einer weiteren Zerplitterung kommen zu lassen, sondern wenigstens die bisher mühsam erreichte „Einigung“ aufrecht zu erhalten.

So ist es heute also bereits schlecht mit der bürgerlichen Einheitsfront bestellt. Noch streitet man sich um die Aufstellung der Liste, obgleich der Termin zur Einreichung mittlerweile abgelaufen ist. Die Sozialdemokratie wird unbedenklich um das Bürgergut den geraden Weg gehen, sie wird sich nicht von kleinlichen Interessen, sondern nur vom Allgemeinwohl leiten lassen.

Aktionsausschuß der freien Gewerkschaften der nordischen Wasserkante.

Am 28. September fand in Lübeck eine Sitzung des Aktionsausschusses der freien Gewerkschaften der nordischen Wasserkante statt. Die unliebsamen Erscheinungen, die sich während der letzten Lohnbewegungen zeigten, gaben Anlaß zu einer eingehenden Aussprache. Allgemein wurde die Notwendigkeit betont, daß die Gewerkschaften bei Lohnkämpfen mit den Ortschaftsausschüssen in engerer Fühlungnahme treten müßten. Größere Einseitigkeit in der Abwehr der den Gewerkschaften feindlich gesinnten Kreise sei unbedingt zu erstreben. Auch muß den Ortschaftsausschüssen Gelegenheit gegeben werden, sich gütlich über die verschiedenen Gesekentwürfe zu äußern. Dem Bundesvorstand sollen entsprechende Anregungen zugehen. Eine Reihe anderer sehr wichtiger Fragen wurde ebenfalls erörtert und fanden ihren Ausdruck in folgenden Entschlüssen:

Der am 26. 9. 21 in Lübeck versammelte Aktionsausschuß der freien Gewerkschaften der nordischen Wasserkante erklärt:

Die vorhandenen von der deutschen nationalen Partei getragenen reaktionären Bestrebungen bedeuten eine ernste Gefahr für alle wirtschaftlichen Errungenschaften der deutschen Arbeitnehmerschaft, eine Beeinträchtigung der wirtschaftspolitischen Forderungen der freien Gewerkschaften und damit eine Brüstung der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft.

Es ist daher Pflicht der freien Gewerkschaften zur Abwehr der reaktionären Anschläge Abwehrmaßnahmen sofort in die Wege zu leiten, um auch durch die gewerkschaftlichen Machtmittel der wirtschaftlichen und politischen Reaktion begegnen zu können.

Als Vorbeugung gegen die Entwicklung der Reaktion werden die Ortschaftsausschüsse des DGB und des Afabundes der nordischen Wasserkante aufgefordert, an die auf dem Boden der Republik und Verfassung stehenden politischen Parteien folgende Mindestforderungen für deren sofortige Durchführung in Reich, Staat, Kommune und Gemeinde zu besorgen sein sollen, zu stellen:

Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung, insbesondere gesetzliche Festlegung des Höchststundenhöchsttarifstages, Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und Polizeiorgane, insbesondere rücksichtslose Entzerrung aller Beamten und Angestellten aus allen Verwaltungszweigen und Behörden, soweit sie direkt oder indirekt die deutschnationale Reaktion unterstützen.

Die politischen Parteien sind zu beeinflussen, in diesem Sinne besonders in den Kommunen zu wirken.

Entschlüsse zur Angestelltenbewegung.

Der am 26. 9. 21 in Lübeck tagende Aktionsausschuß der freien Gewerkschaften der nordischen Wasserkante betont erneut die Notwendigkeit des engeren Zusammenarbeitens zwischen Kopf- und Handarbeiterschaft, um alle gewerkschaftlichen Forderungen zur Tat werden zu lassen. Der Aktionsausschuß macht besonders die Betriebsräte aufmerksam, daß die berechtigten Forderungen der deutschen Arbeiter- und Angestelltenchaft außer von den dem DGB angeschlossenen und uns von den dem Afabund angeschlossenen Angestelltenverbänden getragen werden. Die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft ist daher um ihrer selbst willen verpflichtet, die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung nach Kräften zu fördern. Besonders werden die gefassten Gewerkschaften aufmerksam gemacht, daß der deutschnationale Handlungsgehilfenverband Träger arbeitnehmerfeindlicher Gewerkschaftspolitik ist und daher die härteste Bekämpfung verdient. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer der nordischen Wasserkante werden daher ersucht, durch regelmäßige Bücherkontrolle die gewerkschaftliche Zugehörigkeit der Berufsangeestellten festzustellen und sich im Interesse der Allgemeinheit gegen Angehörige des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Deutschen Technikerbundes und Deutschen Werkmeisterbundes einzusetzen. Angehörige dieser Verbände sind auf den arbeitnehmerfeindlichen Charakter ihrer Organisation aufmerksam zu machen und den freien Angestelltenverbänden (Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten und dem Deutschen Werkmeisterverband) zuzuführen.

Der am 26. 9. 21 in Lübeck tagende Aktionsausschuß der freien Gewerkschaften der nordischen Wasserkante spricht der im Kampfe mit der Reaktion stehenden bayerischen sozialistischen Arbeitneh-

merschaft ihre wärmste Sympathie aus und verspricht, im gegebenen Moment durch die freien Gewerkschaften der nordischen Wasserkante den bayerischen Arbeitnehmern die weitgehendste Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Zu Weiskern des Parteivertretungsamtes sind erwählt: a) aus dem Kreise der ländlichen Verpächter: Otto Wandholz sen., Landmann zu Oberbüßau, Alfred Untermann, Privatmann zu Lübeck, Schönböckenerstraße 26, Andreas Bütt, Fuhrer und Gattin zu Ruffe, Johannes Peter Christian Bütt, Fuhrer zu Wulfsdorf, Karl Reshöft, Gärtner zu Lübeck, Triftstraße 17, Georg Trabert, Hofbesitzer zu Mienbüßen; b) aus dem Kreise der ländlichen Pächter: Fritz Christen, Hofpächter zu Mönkhof, Johannes Sager, Erbpächter zu Krepelsdorf, Walter Lauenstein, Domänenpächter zu Schönböden, Gustav Schiering, Domänenpächter zu Borwer, Karl Scheel, Gärtner zu Lübeck, Dorfstraße 12, Johannes Brüggemann, Halbhufer zu Ruffe.

Zum Senatspräsidenten am Hanseatischen Oberlandesgericht ernannt haben die Senate der drei freien Hansestädte auf Grund der von ihnen gemeinschaftlich vollzogenen Wahl den Regierungsdirektor bei der Senatskommission für die Justizverwaltung in Hamburg Hermann Otto Franz von Dassel. Er tritt sein Amt am 1. Oktober d. J. an.

Den Professortitel hat der Senat dem Studentrat am Johanneum Dr. jur. et phil. Woldegar Oskar Döring sowie dem Seminarlehrer Wilhelm Stahl verliehen.

Die Ueberschreitung des Höchstundertages im Kaufmannsgerichte ist strafbar. Der Kaufmann Reinicke in Curtin Lotte seine Angestellten über die festgesetzte Arbeitszeit hinaus beschäftigt. Er war daher auf Grund der Verordnung betreffs Regelung der Arbeitszeit mit einem Strafmandat von 100 Mk. bestraft worden. Gegen diesen Strafbefehl hatte R. Berufung eingelegt. Das Schöffengericht in Curtin, vor dem die Sache darauf zunächst verhandelt wurde, bestätigte den Strafbefehl. Damit gab der Berufung keine Aussicht; er legte auch gegen dieses Urteil Berufung ein, so daß die Angelegenheit am Mittwoch vor der hiesigen Strafkammer zur Verhandlung kam. Der Angeklagte, der eine Kolonial- und Kurzwarenhandlung betreibt, erklärte, daß die Verordnung nicht zu Recht bestehe. Die Strafkammer war aber anderer Ansicht, sie verwarf die Berufung. Der Arbeitgeber macht sich also strafbar, wenn er seine Angestellten länger als 8 Stunden täglich beschäftigt.

Zum Besten der Lübecker Opferwoche findet am 10. Oktober abends 8 Uhr im Konzerthaus von Lora eine Aufführung statt. Das auserlesene Programm bietet Gewähr für einen angenehmen und genussreichen Abend. Ein Prolog, gedichtet von Dir. Ernst Albert, gesprochen von Frau Krüger-Koske leitet den Abend ein. Darauf folgen Szenen aus Schillers Drama „Kabale und Liebe“. Nach einigen Liebes- und plattdeutschen Vorträgen schließt ein Schwank „Diana“ den Abend. Die Preise der Plätze sind auf 8, 6 und 4 Mk. festgesetzt. Karten sind zu haben bei Rud. Karstadt, im Hofstienhaus, bei Ernst Robert und in der Geschäftsstelle der Lübecker Opferwoche, Königstr. 19.

Einweihung des Jugendheims an der Dornbreite. Am 17. Juli ds. J. konnte das l. Lübecker Jugendheim an der Dornbreite eingeweiht werden. Neben Vortragsräumen enthält es ein Spielzimmer, eine Leseliste, Werkstätte und Bücherei. Aus privaten Mitteln ist das Heim, das von Jugendlichen aller Kreise besucht wird, eingerichtet worden. Es fehlt aber noch so mancherlei, jedoch wird genügend, unsere Sammlung fortzusetzen in der Hoffnung, daß mancher für unsere gesunde Jugend noch etwas übrig hat. Der Winter steht vor der Tür. Es gilt, der schulfassenden Jugend an den langen Abenden ein willköhliches Heim zu bieten, durch Vorträge und Veranstaltungen von Kurien die Zeit nutzbringend anzuwenden. Spenden werden von der Commerzbank unter Jugendheim angenommen.

Strafammer.

Wegen Fruchtabtreibung standen am Mittwoch die Ehefrauen G. und D. vor der Strafkammer. Letzere wird beschuldigt, bei Frau D. gegen Entgelt Eingriffe vorgenommen zu haben, die aber nicht zum Ziele führten. Sie erhielt wegen Beihilfe und verurteilter Abtreibung 3 Monate Gefängnis. Gegen Frau D. wurde auf 2 Monate Gefängnis erkannt. Sie wurde mit einer Bewährungsfrist von 3 Jahren bedingt begnadigt. — Ebenfalls wegen Abtreibung hatte sich die Arbeiterin A. und die Ehefrau B. zu verantworten. Das Urteil lautete gegen die A., welche der B. die Instrumente und ein Mittel

Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

7. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Die einzige Unterbrechung war, wenn Saphir sein Schnupstuch benutzte. Anton sorgte, nicht ohne Erregung, dafür, daß das Tuch nur einmal in Gebrauch genommen. Dann mußte es sofort erst durch kaltes, dann durch heißes Wasser gegossen werden und erst nach Trocknen durfte es wieder seinem Daseinszweck zugeführt werden.

„Bazillen sind Bazillen,“ sagte er streng zu Jungfer Winchen. Winchen hatte diese Tierchen noch nie gesehen. Konnte sie auch nie entbeden, soviel sie die Tücher ans Licht hielt. Sie nannte die Tücher Herrn Saphirs Winchen. Ziemlich bei sich. Winchen lächelte sie nur. Sie wußte ohnehins nicht, ob es nur die Bazillen waren, die Herrn Anton so oft ans warme Herdfeuer lockten. Sie trug eine Schürze, die auch auf dem Rücken nicht mit Stikerei und Plissierten Fäden sparte. Die Erhöhung zwischen den Schultern war damit geschmückt wie ein Altar an Feiertagen.

Anton dachte, daß die Vorlesung müde sei. Niemand steht seinen eigenen Büdel. Er lächelte die Arglose nachsichtig an. Winchen überlegte sich, ob sie nicht doch dafür sorgen müsse, daß der Riegel ihrer Tür standhafter gemacht werde.

In kurzen Absätzen bekam Saphir Fektoraktropfen und Vortriehsaft zu schlucken. Anton ließ beides nach einem alten Familienrezept anfertigen. Nie überließ er Winchen, die Medizin von der Apotheke zu holen. Das war seine Sache. Saphir erst nahm es Anton mit der Pflanze. So genau hielt er auf Ordnung, daß er Saphir des Nachts weckte, wenn dieser vergessen, sein Schlafpulver zu nehmen.

VII.

Der Sonntag ist ein Ausnahmetag. Von Gott dem Herrn dazu bestimmt. Am Sonntag mittag hatten die Brüder Mögeles weiblichen Besuch.

Schwester Emma erschien. Mit einem Perlbüchel am Arm und einem mihmutigen Wops.

Mit dem Mittagsdampfer kam sie. Nachdem sie des Morgens die Kirche besucht. Um die Seele zu erbauen. Und die Leute dort einmal in der Woche daran zu erinnern, daß man einen schwarzen Hut und ein schwarzes Seidenkleid befaß.

In einem Nachbarstädtchen am Seeufer führte Emma ein Papierwarengeschäft. Mit angelegter Leihbibliothek. Der Romanband zehn Bismarck Leihgebühr. Neber vierhundert Seiten stark jedoch fünfzehn Pfennige.

Emma war die Meiste der Schwestern. Sie war es, die sich außer Anton noch zu erinnern vermochte, daß der Vater hatte lustig sein können. Und wie aus der mädchenstrotzen Mutter der müde Mensch wurde, der wunschlos das Dasein Tropfen für Tropfen in Pflicht umsetzte.

Ob Emmas Ehefeindlichkeit Folge ihrer Lebenserfahrung oder Zwang des Geschicks, wußten die Brüder nicht. Sie selbst sagte, daß sie an jedem Finger einen aufzählen könnte, der sie hätte haben wollen. Ja an jeder Zehe noch dazu. Nein, Hände und Füße reichten nicht aus, um die ganze Schaar aufzurechnen. Denn die Männer waren dümmere als die Stallhufen.

Ihrenfalls hatten die andern fünf Schwestern alle geheiratet. Ihre Rechner hatten sich gesagt, daß harte, beschreibene Jugend besseres Ehegut als Muskatier und Vermögen vorzogener Neßhäufchen. Und nichtlich ist jedes junge Mädchen, wenn man es richtig anzusehen versteht.

Sie waren nun über ganz Deutschland verstreut. Hatten Familien und Sorgen. Hatten sich an dieser und jener scharfen Lebensseite der Brüder Junggesellen erinnert und auf die Verwandtschaft des Blutes und ihre Ungestörbarkeit gepoht.

Das war dann der Schluß brieflichen Verkehrs geworden. Anton wünschte nicht zu heukeln. Und zur Heuchelei Anlaß zu geben. Er war überzeugt, daß keine Gemeinschaft mehr bestehen könnte. Er fand es unangebracht, jemand durch Wohlthaten zu falscher Sympathie zu verleiten.

Saphir allerdings schickte heimlich ein Stimmchen. Er meinte, ein wenig in ihrer Schuld zu sein. Hatten sie ihn doch oft beauftragt müssen, wenn sie gewünscht hatten, eingeholt und sichernd unter den Kalkanten am Seeufer auf und ab spazieren zu können.

Das Resultat war jedoch das gleiche. Saphirs schlechtes Gewissen vor Anton wünschte nun auch keine weiteren Beziehungen mehr.

Emma hatte ihre Auskommen. Sie verlangte nichts als dies sonnigliche Mittagessen. Und dies nur um der Welt willen. Geschwister, die so nahe beieinander wohnten, durften der Welt kein unfreundliches Schauspiel geben.

Emma fand nämlich mitten im Taubel der Welt. Von den eintaufendneuhundertundfünfundsechzig Einwohnern ihres Städtchens waren bis auf drei alle ihre Kunden. Vor ihrem Lebenslicht kam alles zur Sprache. Und was junge Mädchen und Frauen verschweizen wollten, verriet ihr die Wahl der Lektüre. Emma

ging zu jeder Trauung. Aber auch Beerdigungen verschmähte sie nicht. Alles ist menschlich, sagte sie.

Aber viel weiß, hat etwas zu erzählen. Aber sobald Emma mitteilbar wurde, sagte Anton, daß er selber wisse, wieviel Unangenehmes mit uns, neben uns und hinter uns führe. Er kümmerne sich nicht um andere.

Emma schalt ihn einen Sonderling. Anton erwiderte, daß jeder, der nicht Zeit übrig habe für alles, das ihm nichts angehe, allerdings als Sonderling erscheinen müsse.

Saphir beilte sich, daran zu erinnern, daß man beim Frühstück vorständig sein müsse. Der Wops mußte neben Emma auf einem Stuhl sitzen. Er war es so gewohnt. Er hatte ein Kindergemüt. Auch beanpruchte er ein Schilfchen Wein ins Essen geschüttet zu bekommen. Er hatte nun einmal zwischen Nebenbüßeln das Licht der Welt erblickt. Das war nicht seine Schuld. Trotzdem wurde er nie übermütig. Emma schloß daraus, daß Wops ernst veranlagte Naturen wären. Er hieß Lippert. Nach einem Hausbesitzer, in dessen Eigentum Emma Aergernis gehabt. Und der einer der drei Einwohner war, die nicht zu ihrer Rundschaft gehörten.

Kam Emma vorbei an seinem Haus, rief sie: „Kuck dich, Lippert.“

Gott hat für jeden einen Weg gefunden, der zur Genußung führt.

Nach Tisch machte Emma und Lippert ein Schilfchen. Anton und Saphir rauchten dann die Mittagszigarre. Die sie sich nicht hatten entweihen lassen wollen. Durch Geschwür und Wopsgebell.

Nach dem Schlußmer war Emma besonders munter. Der Kaffee reate an. Kuchen hat keine Gräten. Jetzt erzählte Emma. Ob man es wollte oder nicht. Sie fragte auch allerlei. Nach Richtigkeit und Merkhaft. Nicht aus Neugier. Denn sie wußte gar nicht, was Neugier sei. Nur um vielleicht ein gutes Ratgeschilfchen gehen zu können. Sie meinte doch mehr in der Welt zu Haus zu sein als solche Junggesellen.

Sie prophesetzte, daß auch Winchen eines Tages ihr Dedelchen finden würde. Wie jedes Töpfchen in der Welt eines finden wollte. Und Winchen wollte.

Emma kannte die Menschen wie ihr Lajchentuch. Ein Samtband um den Hals und duftendes Öl im Haar verriet ihr mehr als die dicken Romanbände. Sie hatte stets Nachfolgerinnen für Winchen in Aussicht. Der kluge Mann baut vor.

Anton ging dann aus dem Zimmer. Wie immer, wenn Unangenehmes gesprochen wurde.

(Fortsetzung folgt.)

zum Einnehmen besorgt hatte, wegen Verhütung der verachteten Abtreibung auf zwei Monate Gefängnis. Frau B. kam mit einem Monat Gefängnis davon. Sekundäre wurde ebenfalls unter einer Bewährungsfrist von 3 Jahren bedingt begnadigt. — Zwei jugendliche Betrüger. Der Handlungsgehilfe B. aus Hamburg und der Kellner S. aus Altona, beide 18 Jahre alt, unternehmen im August d. J. von Hamburg einen Ausflug nach Lübeck. Hier angekommen, will B., der angeblich etwa 100 M. bei sich hatte, plötzlich den Verlust seiner Geldbörse entdeckt haben. Sie gingen nun in eine Wirtschaft, telefonierten an eine hiesige elektrotechnische Großhandlung und bestellten 360 Meter Seidenstirn, pro Meter zu 2,40 M. Den vorher einem Kaufherr abgeforderten Bestellchein füllte B. aus und unterschrieb ihn mit einem falschen Namen. Dem Geschäftsinhaber kam aber die Sache verdächtig vor, er benachrichtigte die Kriminalpolizei, welche die beiden Betrüger festnahm. B., der in Hamburg bei der Grobkeim-Verkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Stellung war und dort größere Vertrauenswürdigkeit besitzt, erhielt wegen schwerer Urkundenfälschung und versuchten Betruges 9 Monate Gefängnis. S., dem eine Beteiligung nicht nachgewiesen werden konnte, wurde freigesprochen. — Wegen gemerksamlicher Heherei machte sich der Händler M. perantworten. Er hat 175 Seiden und Wollstoffe im Werte von mindestens 1000 M. für 175 Mark gestohlen. Der Angeklagte soll nun, als er den Verkauf vornahm, gemerkt haben, daß die Sachen gestohlen waren. Er bestreitet dieses; die beiden jugendlichen Seelen, die ihm die Waren zum Kauf anboten, sollen diese als ihr Eigentum bezeichnet haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen einfacher Heherei zu 3 Monaten Gefängnis. Die vom Verteidiger beantragte bedingte Begnadigung wird abgelehnt; ebenso auch die Aufhebung des Haftbefehls, da der Angeklagte ein Ausländer ist. — Einen Meineid soll das Dienstmädchen B. im April d. J. vor dem hiesigen Schöffengericht geleistet haben. Die Angeklagte hat in dieser Verhandlung unter ihrem Eide behauptet, daß sie zwei dem Gerichte vorgelegten Briefe nicht geschrieben habe, sondern daß diese gefälscht seien. Tatsächlich aber hatte die Beschuldigte beide Briefe geschrieben. Fräulein B. will infolge ihrer furchtbaren Aufregung während der Verhandlung nicht gewußt haben, um was es sich handelte. Die Angeklagte erhielt wegen fahrlässiger falscher Aussage 14 Tage Gefängnis. Das Gericht war der Meinung, daß die Angeklagte in Erregung gehandelt hat und daß es sich für sie um eine völlig gleichgültige Sache handelte.

Zu den Eisenbahndiebstählen bei der Lübeck-Büchener Bahn wird uns vom Deutschen Eisenbahnarbeiterverband berichtet, daß Güterbodenarbeiter nicht daran beteiligt sind. Der Hamburger Volksbeirrat, den die Blätter übernommen haben, hat in dieser Beziehung falsch berichtet.

Hansa-Theater. Heute Donnerstag findet die Erstaufführung der Operette „Königin“ von Gilbert statt. In dieser Operette treten die neu engagierten Sängerin Fräulein Lisa Kimm und der Operettentenor Georg Bauer zum ersten Male auf.

Stadttheater. Am Freitag gelangt „Rheingold“ zur Aufführung. Regie: Paul von Dongardt. Musikalische Leitung: Kapellmeister Mannhardt. Erster der Hauptrollen sind die Damen: Petersen, Friedhoff, Gaffron und die Herren: Dieck, Heimberg, Hoff, Kitzewski, Jannendorf, Schöttge, Schubert. In den Kammerspielen Freitag die Wiederholung der Salencloverschen Senation: „Der Sohn“. Dies eigenartige Stück ist überall mit großer Senation über die Bühnen gegangen.

Kunstaussstellung. Die gegenwärtige Ausstellung bei Rudw. Müller, Vereinigung Lübecker bildender Künstler und Münchener Originalzeichnungen, erreicht Ende dieses Monats ihren Abschluß. Neu ausgestellt wird das graphische Werk zweier unserer bedeutendsten gegenwärtigen Radierer, des wegen seines außerordentlichen Phantasie Reichthums geschätzten Professors Richard Müller sowie des bekannten Bildnisradierers Hermann Strauß.

Die Warmbadeanstalt Süperdamms, die bisher staatlich war, übernimmt ab 1. Oktober Herr Waack.

Badeanstalt Falkendamm. Wassermühle am 29. September, morgens 6 Uhr 14⁰; mittags 12 Uhr 14⁰ Gestus.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Ein Majestätsverbrechen für Dr. Ripert. Der weitere Vorstand des Landesverbandes Hamburg der Deutschen nationalen Volkspartei erklärt zu der bekannten Aeußerung des Volksparteilers Ripert: „Der weitere Vorstand bedauert lebhaft, daß Zeitungsberichten zufolge Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Ripert-Hamburg auf dem Landesparteitag der Deutschen Volkspartei am 9. September in Lübeck Aeußerungen gegen die Deutsche nationale Volkspartei gemacht hat, die so vorichtig sie auch gesagt sein mögen, der Kampfesart und den Beschuldigungen der Linksparteien bedenklich nahegekommen und

das bisherige freundschaftliche Verhältnis der beiden Parteien über können. Der weitere Landesvorstand muß ganz entschieden Verwahrung erheben gegen die Behauptung des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Ripert, daß die Deutsche nationale Volkspartei durch maßlose Propaganda eine Atmosphäre geschaffen habe, in der tatsächlich solche Taten, wie der Mord an dem Abg. Erzberger, geschehen könnten.“ — Vorichtig waren diese Worte gerade nicht gesagt und richtig waren sie auch. Der Weitschlag wird aber deshalb die Deutschen nationalen besonders in Lübeck nicht abhalten, den Reichstagsabgeordneten nachzulaufen, wie sie es bisher getan haben.

Hamburg. Ein schwerer Eisenbahnunfall der glücklicherweise kein Menschenleben vernichtet hat, ereignete sich am Dienstag abend in der Bankstraße. In der Kurve über die Bankstraßebrücke rollte von einem Güterzug, der von Hamburg-H. nach Rothenburgort unterwegs war, ein schwerer Lokomotivschlepper vom Wagen, brach dadurch den Güterwagen zur Entgleisung und zerfiel beim Niederfallen das Brückengeländer und stülpte sich in den Kanal. Durch sofortiges Bremsen des Lokomotivführers wurde weiteres Unglück vermieden.

Hamburg. Stellungnahme zum Parteitag. Eine überfüllte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereines Altona-Ottensen nahm gestern abend den Bericht über den Parteitag in Göttingen entgegen. Nach lebhafter Ansprache wurde gegen wenige Stimmen folgende Entschliessung gefaßt: „Die Versammlung stellt sich auf den Boden der für die Taktik entscheidenden Verhältnisse des Göttinger Parteitages, insbesondere erkennt die Veranlassung an, daß durch die aufgestellten Mindestforderungen ein Zusammenarbeiten in Koalitionsregierungen mit anderen politischen Parteien ermöglicht wird. Die Versammlung erwartet aber von den in diese Regierung berufenen Vertretern der Sozialdemokratischen Partei, daß sie sich mit allem Nachdruck nicht nur für die in der Koalition vorzunehmenden Forderungen, sondern auch für die in der Koalition nicht erwähnten Forderungen der Genossen, besonders der in der Entschliessung nicht erwähnten Reorganisation der Reichspflege Geltung zu schaffen versuchen. Die Schaffung des Göttinger Parteiprogramms wird als eine Tat bewertet. Die Versammlung hofft, daß es der Sozialdemokratie in ihrem Kampf um die Erringung des Endsieges Wegweiser und Sturmbanner sein wird.“

Hamburg. Tödlicher Unfall. In den Ostwerken von Schickler in Altona war der Arbeiter Dunkel mit dem Reinigen eines Kessels beschäftigt. Er benutzte bei dieser Arbeit eine elektrische Lampe. Der Leitungsdraht dieser Lampe muß nun wohl eine schadhafte Stelle gehabt haben, denn als D. mit der Lampe umherging, ging plötzlich der Strom in seinen Körper über. D. starb gleich darauf.

Hamburg. Der Textilarbeiterstreik beendet. Die Arbeit wird Donnerstag früh in allen Betrieben wieder aufgenommen. Den Arbeitern sind weitere Zugeständnisse gemacht worden.

Bremen. Die Moskauer Diebstahl bei bürgerlichen Wählern an. Der kommunistische Spieß, der die Bremer Arbeiterbewegung verraten und verkauft hat, sucht Hilfe bei der bürgerlichen Presse. Der verräterische Kabbalist hält sich aber selbst von dieser Presse, die doch sonst immer bestrebt ist, Hundehaut zwischen die Arbeiterkraft zu werfen, eine derbe Abfuhr. So schreibt beispielsweise die kapitalistische „Weser-Zeitung“ in Bremen:

Der Werftarbeiterstreik der U.G. „Weser“ hat in den letzten Tagen viel erregt, was hinter den Kulissen eines solchen Streiks vor sich geht. Der äußerste Linksradikalismus hat mit dem Fall Banasewicz den neuen Beweis erbracht, wie wenig seine Führer auf den armenigen Reiz von Vertrauen auch nur eines Arbeiters Anspruch haben. Daraus wird die Mehrzahl der linksradikalen Arbeiter ihre Folgerungen ziehen. In einer langen „Erklärung“ wendet sich der Kommunist Banasewicz erneut an uns, indem er um Gelegenheit zur Rechtfertigung bittet. Da wir nicht kommunistisches Sprachorgan sind, verzichten wir auf die Wiederholung der gegen die U.G. gerichteten Angriffe und bemerken nur, daß nach den im Schreiben gegebenen Erklärungen auch Mitglieder der U.G. in die anstehende epidemisch ausgeartete Korruption bei den Linksradikalen verwickelt sein sollen. Ferner dürfte zur Aufklärung der wirklichen Lage der streikenden Werftarbeiter dienen, daß nach den Mitteilungen des flüchtigen Kommunistenführers eine größere Anzahl Werftarbeiter, darunter 12 U.G.-Parteiler, bei der Werftarbeitung erschienen sind und inrassig um Unterstützung gebeten haben.

Die angegriffenen unabhängigen Genossen werden sich zu den Beschuldigungen des kommunistischen Spießels noch zu äußern haben. Die Kommunisten in Bremen haben übrigens diesen Spießel aus ihrer Partei entfernt.

Bremen. Das Flugzeug als Ketter in der Not. Der Lloyd-Flugkapitän Bremen schreibt: „Von dem Wert des Flugzeuges als Verkehrsmittel konnte sich kürzlich wieder eine junge Dame aus Hannover überzeugen. Vergangenen Freitag erhielt Fräulein A. K. ein Kabellegramm aus Amerika, das sie

dringend über den großen Teich rief. Sie fuhr nach Bremen, kam Freitag mittag dort an und erfuhr, daß der Dampfer „George Washington“ am Sonnabend von Bremerhaven nach New York auslief. Da ihr Paß jedoch wegen Fehlens des amerikanischen Visums nicht in Ordnung war, hätte sie auf normalem Wege, amerikanische Konsulat in Berlin beschaffen können. Beim Norddeutschen Lloyd gab man ihr den Rat, doch das Postflugzeug, das um 12 Uhr 30 Minuten nach Berlin abging, zu benutzen. Nach entschlossen wählte sie dieses Flugzeug, kam am Samstag in Berlin an, ließ sich noch fotografieren und ärztlich untersuchen und hatte am nächsten Morgen das amerikanische Visum in Händen — allerdings in Berlin! Da sie nun trotzdem per Bahn den Dampfer nicht mehr erreicht hätte, benutzte sie neuerdings den ihr nun schon vertrauten Luftweg und kam in Bremen 10 Minuten vor Abgang des Ertragsgutes nach Bremerhaven an. Auf der Fahrt dorthin ließ sie sich das Schiffsbillet nach New York ausstellen und erreichte den Dampfer noch rechtzeitig. Da sie sonst bis zum Abgang des nächsten Dampfers hätte warten müssen, hatte sie nun also durch Benutzung des Flugzeuges einen Zeitgewinn von mindestens acht Tagen.“

Gewerkschaften.

Um die Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter.

Werte Kollegen!
Infolge des Krieges mit der jahrelangen Unterernährung braucht besonders die baugewerbliche Arbeiterschaft zu ihrem schwereren Beruf mehr Schutz für Gesundheit und Leben. Demgegenüber ist in der letzten Zeit offen die Wahrnehmung zu machen, daß die reaktionären Kräfte in Verbindung mit den Unternehmerorganisationen die Erzeugnisse unserer Schutzbewegung aufzuheben suchen. Was im Laufe von Jahrzehnten mühsam erkämpft worden ist, soll unwirksam gemacht und beseitigt werden. Die Durchführung der erlassenen Schutzverordnungen und die Anstellung von Baukontrolleuren aus unseren Kreisen wird mehr und mehr durch widersprüchliche Einwendungen und Hungerlöhne dieser Angestellten unmöglich gemacht. Eingaben der Vertrauenspersonen für bessere Schutzvorschriften an die Behörden kommen nicht zur geschäftlichen Erledigung und werden mit einer oberflächlichen Begründung und durch schöne Redensarten verschleppt. Von demselben Geist ist auch der Inhalt der neuen Unfallverhütungsvorschriften der Bauergewerkschaften betroffen. Mit einer geradezu verführerischen Begründung werden hier unsere wichtigsten Schutzforderungen für die gefährlichsten Arbeiten (wie gegen Absturz, Gasvergiftungen usw.) beim Bau unbeachtet gelassen. Dabei wird weniger beachtet, daß auch der Zuwachs von Lehrlingen im Baugewerbe abhängig ist von der weiteren Ausgestaltung des Arbeiterschutzes. Der Einfluß der Unternehmer in den amtlichen Kreisen wächst zusehends, und das zu einer Zeit, wo die Eingabe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes betreffend Normalvorschriften zum Reichsbauarbeitergesetz beim Reichsarbeitsministerium vorliegt. Gegen diese Machinationen ist Front zu machen. Die Kollegen müssen sich jetzt in ihren Versammlungen mehr mit unseren gemeinsamen Schutzfragen beschäftigen. In allen Orten oder Kreisen müssen wieder Bauarbeiter-Schutz-Kommissionen gebildet werden. Kleine Orte sind zu einer solchen Kommission zusammenzufassen. Die Landeskommissionen, die in den Jahren vor dem Kriege so erfolgreich gearbeitet haben, müssen wieder in Tätigkeit treten. Zur Feststellung der Mängel bei den Bauten müssen Sommer- und Winterkontrollen durchgeführt werden. Durch solche Erhebungen gewinnen wir neben den amtlichen Unfallzahlen Material zur Vertretung unserer Forderungen. In den Gemeindef- und Kreisversammlungen und in den Landtagen sowie im Reichstage, muß von den Vertretern der Arbeiter der Bauarbeiter-Schutz wieder zur Sprache gebracht werden.

Wenn wir so mit Einigkeit und starkem Willen dafür eintreten, dann können wir die vereinten Anstrengungen der Gegner zurückweisen.

In der Zeit vom 15. Oktober bis zum 1. November dieses Jahres soll in allen Orten oder Kreisen, wo eine bemerkenswerte Bautätigkeit ausgeübt wird, eine Kontrolle der Bauten nach einem Fragebogen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vor sich gehen. Nach Mitteilung über die benötigte Zahl werden von dieser Stelle den Vertrauenspersonen die Fragebogen unentgeltlich zugestellt. Nun vorwärts!

Mit Gruß
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (Sozialpolitische Abteilung). J. A. G. Heintze, Berlin SO, 16, Engelauer 24 4.

Das Lohnabkommen der Berliner Buchdrucker. Die Berliner Buchdrucker haben das neue Lohnabkommen angenommen, da unter den gegebenen Verhältnissen durch einen Kampf nicht mehr zu erreichen sei; sie sprechen aber die Ermartung aus, daß der Verbandsvorstand beim ersten Anzeichen der nachsendenden Verteuerung sofort die nötigen Schritte tut, um bereits im November eine weitere Erhöhung herbeizuführen.

Genossenschaften.

Genossenschaftliche Pflichten.

Zus Genossenschaftstreifen wird uns geschrieben: Die Frage der Sozialisierung, die alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen beschäftigt, löst für das werktätige Volk eine Reihe der vornehmsten Pflichten aus. Zu dieser Frage sind auch zum Parteitag in Göttingen eine ganze Reihe Anträge gestellt und auch die verschiedenen Generalversammlungen der Gewerkschaften haben sich mit diesem Thema beschäftigt. Mit Freuden ist es zu begrüßen, daß in den gestellten Anträgen zum Parteitag und zu den bevorstehenden Tagungen und den bereits stattgefundenen Verhandlungen der Gewerkschaften zum Ausdruck kommt, daß außer der Erringung von besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die gewerkschaftlichen Organisationen und dem Schutz durch die politischen Parteien, auch die Erkenntnis sich jetzt Bahn gebrochen hat, daß neben diesen beiden großen Organisationen noch eine weitere, die Verbraucher-Organisation vorhanden ist, die herufen sein wird, die Bannerträgerin in der Sozialisierungsfrage zu sein. Wollen wir unsere Sache zum Erfolg und Siege führen, so ist es notwendig, daß wir uns in der Verbraucherorganisation, dem eigenen Unternehmen, in Treue zusammenfinden, um durch rege Betätigung der Kaufkraft unsere Einrichtungen immer größer und leistungsfähiger zu gestalten. Wenn in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sich jemand vergeht, so wird dieses als schändlicher Vertrauensbruch und Verrat behandelt und mit den schwersten Strafen bedroht. Dasselbe muß in Zukunft auch für die Konsumenten-Organisationen mehr als bisher in den Vordergrund gestellt werden, daß derjenige sich schwer vergeht, der auf dem Gebiete der Konsumentorganisation nicht ebenso seine Pflicht erfüllt, wie auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete. Durch dieses nicht solidarische Handeln wird unsere Stokkraft außerordentlich geschwächt und die konsumentgenossenschaftliche Entwicklung wird dadurch außerordentlich erschwert und verlangsamt zum persönlichen und zum allgemeinen Schaden.

Diese unsoziale Erkenntnis ist in allen Fällen gleich verwerflich und muß nicht von solidarischen Empfinden und Handeln. Die Konsumentenorganisationen müssen sich mit Energie und Opfertun gegen sie stellen, sind als Vorbild für die Betätigung in der Konsumentenorganisation zu sein.

Lebensstationen.

Von Leo Gottlieb
Die Liebe.
Im Garten, in einer stillen Ecke, am Wasser, sitzt ein junger Mensch und ein junges Fräulein.
Seine Antlit' strahlt vor Freude.
Sie spielt mit einer Blume, die er ihr eben gebracht hat.
Er schaut ihr in die Augen und sagt etwas.
Sie lacht ihren Blick und schwelgt.
Dann beginnt er zu sprechen.
Klingt mit seinen Gedanken.
Redet was ihm nur in des Eins Innem.
Schweigt und lobt sie.
Bittet, fragt und antwortet selbst.
Da schaut sie ihn an und lächelt.
Jetzt redet er nun begeistert, ja pathetisch von der Zukunft und legt sein Herz, das voll Hoffnung und Glaube ist, ihr in den Schoß. Da reicht sie ihm endlich ihre weiße, runde Hand, die er lange mit heißen Händen befeuchtet.
So steht man fe vor- und nachmittags. Morgens und abends.
In Sonn- und Feiertagen.
So ihr ganzes Leben immer miteinander.
Manchmal trägt sie weiße, manchmal rosa Tüllkleider...
Das ist die — Liebe...
Die Verlobung.
In Feiertage eines großen Kaffeetisches hat ein Herr und eine Dame.
Er raucht eine Zigarette und ordnet einige Geschäftstreffen.
Sie stellt auf ihre Armbanduhr und betrachtet am Mittelfinger beiseite Hand einen Brillanten, den sie von ihm bekommen hat.
Er legt die Papiere in seine Brieftasche und schaut gedankenlos auf die Straße.
Sie kommt ihn an und sagt etwas.
Er hebt nicht den Kopf zu haben und denkt über etwas nach.
Sie legt wieder auf ihre Armbanduhr und fragt etwas.

Nachdem er halblaut etwas vor sich hingelächert, sagt er ihr einige unbedeutende Worte.
Doch sie, sie reißt die Augen auf, macht ein freundliches Gesicht und lacht ihn lange an.
Da beginnt er jetzt zu reden und erzählt ihr von den großen Gefährten, die er gegenwärtig macht und noch zu machen hat.
Was er verdient und wieviel mehr er noch verdienen könnte, wenn —
Da schenkt sie ihm einige Worte des Trostes und erhebt sich majestätisch von ihrem Plaz.
Er ist ihr behilflich beim Mantelanziehen, begleitet sie heim und legt dann noch einige Kollegen an...
So sitzen sie eben Abend an Sonn- und Feiertagen, so ihr ganzes Leben lang und rechnen zusammen, was sie schon verdient und noch verdienen könnten.
Manchmal trägt sie Bordeaux, manchmal grüne Seidenkleider.
Das ist die — Verlobung...
Die Ehe.
Durch die großen Straßen der Stadt geht ein Mann und eine Frau spazieren.
Er fährt links in die vorbeifahrenden Straßenbahnwagen.
Sie blickt rechts in die halbgeschlossenen Schaufenster.
Er atmet tief auf.
Sie zeigt hinter in sich hinein.
Ein Japaner in seiner Nationaltracht steigt aus einer Droschke und verbeugt sich in einem Hausvor.
Beide schauen ihm nach und schweigen.
Ein bekannter Herr grüßt sie.
Sie beantwortet den Gruß und gehen schweigend weiter.
Eine bewundernde Rufstimme zieht vorbei.
Ein junges Brautpaar kommt aus der Kirche.
Ein Jüngling ruft laut: „Grüß-Ausgabe!“
Ein Mann bietet Hände zum Kauf an.
Ein alter Leiharbeiter klopft sich müde zum Friedhof.
Die Feuerwehrlöcher klappen Alarm und rennen vorbei!
Und sie gehen immer schweigend weiter.
Auf dem Heimwege, wenn es dunkel wird, denken sie an die Vergangenen...
So steht man fe abendlich. In Sonn- und Feiertagen.
So gehen sie ihr ganzes Leben lang schweigend immer nebeneinander, als miteinander!
Manchmal trägt sie Schürze, manchmal dunkelblaue Stoffkleider.
Das ist die — Ehe...

brauchen und es bedarf nur des ehrlichen Willens jedes Beamten, Angestellten und Arbeiters, von den selbst geschaffenen Einrichtungen den ausgiebigsten Gebrauch zu machen und Mitglied des Konsumvereins zu werden. Wie traurig es auf diesem Gebiete noch aussieht und wie wenig Verständnis man dieser Frage entgegenbringt, beweisen die an den Parteitag in Görlitz gestellten Anträge, wovon die weitgehendsten verlangen, daß es in Zukunft jedem Parteigenossen zur Pflicht gemacht wird, Mitglied der Konsumgenossenschaft zu sein. Sieht man doch sehr oft die Arbeiterfrauen in ausgeprochenen Arbeiterquartieren die sauer verdienten Groschen statt in den Konsumverein zum Privatkaufmann tragen. Dies ist aber bei weitem noch nicht das Allerschlimmste. Viel schlimmer ist es noch, wenn ein Konsumverein am Jahres-schlusse an die Mitglieder die Rückvergütung zahlt, dieses Geld wird dem genossenschaftsfeindlichen Händler oder Bäcker hingebracht. Dieses Handeln zeugt von einer Abgestumpftheit und einem Verstoß gegen jedes soziale Denken. Ebensovienig zeugt es von Selbstbewußtsein und richtiger Erkenntnis, wenn Arbeiter ihre Spargrößen auf private Sparkassen und Banken anlegen, wo sie gegen ihre Interessen verwendet werden, anstatt diese in der eigenen Sparkasse anzulegen, und damit zum Ausbau der Eigenproduktion beitragen. Durch dieses falsche und unsoziale Handeln wird die Aktionsfähigkeit und Aufwärtsentwicklung der Verbraucherorganisation außerordentlich gelähmt und somit auch der Aufstieg der eigenen Klasse. Diese Handlungen sind eines denkenden Arbeiters unwürdig. Viele unnütze Mühen und Arbeit wird aufgewendet und nicht erreichbaren Zielen, die noch in nebelhafter Ferne liegen, nachgehakt. Darum sage ich: "Warum in die Ferne schweifen, das Gute liegt uns doch so nah." Man redet von der Sozialisierung und sieht nicht, daß wir uns mit anderen Genossenschaftsbetrieben die Möglichkeit geschaffen haben, die Umgestaltung der privatkapitalistischen in eine sozialistische Wirtschaftsordnung vorzubereiten und den erfolgversprechenden Weg bereits beschritten haben. Das Tempo der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung und damit die Inangriffnahme der Sozialisierungsmaßnahmen bestimmen die Konsumanten selbst; denn je früher die Zahl der Hände ist, die die Leistungsmaterialien für diese Sozialisierungsmaßnahmen zusammentragen, desto rascher kann der Brennstoff dieser Maschine zugeführt werden und desto schneller kommt sie ins Rollen. Unser belgische Genossenschafts-freund Viktor Seron schrieb kürzlich einmal im Internationalen "Genossenschafts-Bulletin":

- Werdet Käufer und lauft selbst ein!
- Werdet Erzeuger und Fabrikbesitzer, dann braucht ihr auch keine Preise diktieren zu lassen!
- Säet euer Korn selbst und mahlt das Getreide in den eigenen Mühlen zu Mehl!
- Backt euer Brot aus selbst produziertem Mehl in der eigenen Bäckerei!
- Tragt Kleider und Stiefel aus eigenen Fabriken!
- Stattet eure Wohnungen mit Möbeln aus eigenen Fabriken aus!
- Fördert Kohlen aus eigenen Gruben!
- Schlägt Holz aus eigenen Wäldern!
- Vertraut eure Ersparnisse euren eigenen Sparkassen und Banken an!
- Werdet eure eigenen Bankiers, dann wird die Welt euer sein!

Von dieser Notwendigkeit der genossenschaftlichen Selbsthilfe den letzten Verbraucher zu überzeugen und ihm den richtigen Weg zu zeigen, ist ein erhebendes selbstloses Bewußtsein für jeden Genossenschaftsfreund, und nur dadurch ist es möglich, den privatkapitalistischen Nutznießern Schritt für Schritt den Boden zu entziehen, auf welchem er heute noch seine Beiräte aus dem Volke herausholt. Wieder haben auch wir hier in Pöben einen Schritt vorwärts getan, indem der Konsumverein für Lübeck und Umgebung e. G. m. b. H. eine mit den modernsten Maschinen ausgestattete Fleischerei erworben hat, die im Oktober in Betrieb genommen wird. Damit ist wieder eine neue Entwicklungsetappe eingetreten auf dem Wege zur Befreiung von dem privatkapitalistischen Joch. In den nächsten Tagen wird unsere 50. Warenabnahme eröffnet. Diese goldene Nr. 50 soll uns mit ihrem goldenen Kranz voranleuchten bei all unserem Tun und Handeln. Sie legt aber auch jedem Genossenschaftler die Pflicht auf, nun auch ein ganzer und treuer Genossenschaftler und kein Papierkäufer zu sein. Reizen wir den festen und ehernen Willen, daß wir gewillt sind, die Treue zu halten und lassen wir uns bei goldene 50 auf unserem Wege voranleuchten mit der Devise: Wir müssen hinan, dem Ziel entgegen!

Vorwärts und aufwärts!

Aus aller Welt.

Von einem Elefanten getötet. Der Tierarzt des Zoologischen Gartens in Rom Doktor Canessa, ist ein Opfer seines Berufes geworden. Verleitet durch seine bisher glücklich verlaufenen Operationen an seinen wilden Pfleglingen, nahm er mehr und mehr Abstand von den gewöhnlichen Sicherheitsmaßnahmen. In der Tat verhielt sich ein großer weiblicher Orana, der ständig von Schmerzen schrie, vollkommen ruhig, sowie der Krat in den Käfig trat und die Behandlung des schweren Abzesses vornahm. Als nun auch der große Elefant "Toto" von einem Geschwür an der Schulter heimgehecht wurde, schritt Dr. Canessa ohne weiteres zur Operation. Nur der riesige Schädel des Viechtüters wurde von den Wärtern mit Seilen an das Gitter gebunden. Beim ersten und zweiten Einführen der Sonde blieb der Elefant unbeweglich stehen, das dritte Mal aber muß das Instrument tief in lebendes Fleisch gefahren sein, denn Toto stieß einen dumpfen drohenden Ruf aus, befreite sich mit einem unwiderstehlichen Ruck von seinen Fesseln und hieb den Krüssel über den Arzt, der sofort zurückwich, unglücklicherweise aber ausrutschte und auf den Rücken zu liegen kam. Im gleichen Augenblick lautete auch schon die furchtbare Waffe auf ihn herab und zermalmte ihm vor den Augen der entsetzten Zuschauer mit einem einzigen Schläge Schädel und Brustknochen.

Eine gewerkschaftliche Mordanklärung. In der Person der Berliner Pensionsinhaberin Frau Spanier scheint die Kriminal-polizei einen guten Fang gemacht zu haben. Frau Spanier wird die Anklage auf dem Vorde an dem Kunsthandwerker Neizer zur Last gelegt. Sie stand sogar dabei, als Neizer auf ihr Oboe erschossen wurde. Die bisher von der Polizei vorgenommenen Zeugenerhebungen haben nur ergeben, daß Frau Spanier schon seit langer Zeit ein schändliches Händwerk trieb. Die Ver-tundungen haben ergeben, daß die Frau ganz systematisch be-sonders junge Vurschen an sich gelockt und aus ihnen Verbrecher gemacht hat. Ihre Niederrichtigkeit ging soweit, daß sie, wenn ihre Opfer die Strafe verbüßt hatten, sie von neuem aufwachte und durch Erpressungen von neuem in ihre Netze lockte. Unter anderem soll die Spanier auch mitschuldig sein an der Ermordung der Krankenschwester Steinberg in Vordam, ebenso bei mehreren Raubanschlägen und Schießungen größten Stils.

Neu Gehöfte eingezäunt. Eine große Feuersbrunst brach in Jarmund (Wommern) aus. Das Feuer entstand in der Scheune des Besitzers Münchow auf bisher unausgeklärte Weise und ver-breitete sich dann auf neun Gehöfte. Die alte Vorkirche, die stolze Altermutter barg, brannte vollständig nieder. Die ge-samte Ernte, viele Maschinen und Vieh wurden ein Raub der Flammen.

Großer Brand im Pariser Warenhaus "Printemps". Eine Feuersbrunst ist in dem Warenhaus "Printemps" ausgebrochen. Ein umfassender Absperrungs- und Ordnungsdienst wird von Truppen versehen. Den bis zur Stunde entzündeten Schaden schätzte man in unterrichteten Kreisen auf 300 Millionen **Francs.** Als Ursache wird Kurzschluß angesehen. Das Feuer

brach im dritten Stockwerk aus und verbreitete sich durch den Luftschacht zunächst in die Küchenanlagen und von da auf die übrigen Gebäudeteile.

Ein amerikanisches Unterseeboot gesunken. Das ameri-kanische Unterseeboot "R. 6" von der pazifischen Flotte ist während es im Hafen von San Pedro vor Anker lag, gesunken. Der Unglücksfall wird darauf zurückgeführt, daß ein Torpedorohr offen stand. Zwei Mann der Besatzung sind ertrunken.

Theater und Musik.

Engelbert Humperdinck gestorben. Engelbert Humperdinck ist Dienstag in Neustrelitz an den Folgen eines Schlaganfalls, zu dem eine Lungenentzündung hinzutrat, im Alter von 67 Jah-ren gestorben. Die Leiche wird nach Berlin-Stahndorf über-geführt. H. hatte seine Stellung als Lehrer der Meisterklasse für Kompositionen an der Akademie Berlin aufgegeben, ver-folgte aber unablässig auf Musikfesten immer alles werdende und Kommende, ein ausnahmsbereiter, im Schaffen gelähmter Mann. Ein wirklicher Lehrmeister und ein Freund war er im Unter-richt, und seine Schüler (von denen Siegfried Wagner und Leo Bloch die bekanntesten sind) können davon viel erzählen. Mehr aber noch sprechen seine eigenen Partituren für seine hohe Be-zugung. Und die lag in der Ueberleitung Wagnerischer Kunst-ideen, vom großen Theaterpathos fort zur ehlen Nyllie, zur Märchenwelt, zur Allseitigkeit. Das Lied, der Chor, das Duett und die Orchesterstücke wurden alle aus dem Geist und dem Gemüt des Volkes gestaltet und auf den ersten Griff hin ge-schaffen. Keine Ueberladung für, kein nur Gewolltes wirkt problematisch angepaßt die Sangbarkeit, der melodische Schluß allein diktiert Art, Gefühl und Herzlichkeit der schnellsten Kon-zeption. So wurde 1896 "Hänsel und Gretel" ein berech-tigter Meisterfolg. Dieses Werk gehört durch die Feinheit, Ein-fachheit seiner in sauberster Technik gearbeiteten Partitur zu den ewigen Kostbarkeiten der musikalischen Opernliteratur. Kein Staub liegt auf diesen Noten; und so lange Menschen wieder einmal Kinder, schmerzfrei, froh und lachend sein wollen, werden sie hier ihr kindliches Ergötzen finden. Der einstige Kamulus und Freund Richard Wagners blieb dem Meister ein glühender Verehrer und Förderer. Die letzten Werke "Königskinder" und "Gaudemus igitur" haben trotz vielfacher Umarbei-tung und vieler wirkungsvoller Eingebunden die geniale Schlag-kraft der ersten und bisher einzigen klassischen Märchenoper nicht erreichen können.

Neue Bücher.

„Die Marx'sche Geschichte, Gesellschafts- und Staatstheorie“ von Heinrich Cunow. (Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin.) 2 stattliche Halbleinbände. Während der erste Band sich besonders mit der Entwicklung der Gesellschafts- und Staats-theorie vom griechischen Altertum bis auf Marx beschäftigt und nur in den drei letzten Kapiteln die Marx'sche Gesellschafts- und Staatsauffassung behandelt, ist der nunmehr im Oktober erscheinende zweite Band, der 352 Seiten umfaßt, fast ausschließlich der Marx'schen Soziologie und Geschichts-auffassung gewidmet. Die Stellung von Marx und Engels zur Nationalitätenfrage und zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen, die Marx'sche Klassenkampflehre und ihre verschiedenen Aus-legungen, die Anschauungen beider Altmeister über die primi-tiven Formen des Gesellschafts- und Familienlebens, die Be-deutung der Wirtschaftsweise als Grundlage der sozialen Lebens-verhältnisse sowie das Verhältnis des Marxismus zur Kantischen Ethik werden ausführlich dargelegt. Besonders eingehend aber beschäftigt sich Professor Cunow in: sechsten bis achten Kapitel (ungefähr 90 Seiten) mit der Marx'schen materialistischen Ge-schichtstheorie und den von den verschiedensten Seiten, auch von deutschen und ausländischen Marxisten gegen sie erhobenen Ein-wänden. Bisher gibt es weder in der deutschen noch irgend einer anderen Literatur ein Werk, das unter Bezugnahme auf mannigfache Beispiele aus dem geschichtlichen Entwicklungs-gang der Völker eine so scharf umrissene, kritische Darlegung der Marx'schen materialistischen Geschichtsauffassung bietet. Das Schluß-kapitel schildert schließlich die Marx'schen Ansichten über den sozia-len Umbildungsprozess und die Entwicklung zum Sozia-lismus sowie die in diesem Prozess zum Durchbruch kommenden Bewegungstendenzen. Der Preis des Gesamtwerkes beträgt bei Vorbestellung bis zum 15. Oktober d. J. 90 Mk. (statt 100 Mk.), für den zweiten Band 45 Mk. (statt 55 Mk.). Der erste Band hat sowohl in der politischen als wissenschaftlichen Presse als auch im Gelehrtenpublikum einen so großen Anklang gefunden, daß die mit dem Erscheinen des zweiten Bandes herauskommende Neuausgabe wiederum rasch vergriffen sein dürfte.

Das ABC im Walde. Es ist eine bekannte Lebensregel, daß Anschauung die beste Grundlage der Erkenntnis ist. Muß sich schon der Erwachsene diesen Grundlag zu eigen machen, so ist er noch viel mehr notwendig, wenn es heißt, Kindern die Welt zu er-schließen. Deshalb ist es nicht einerlei, welcher Art das Material ist, mit dem man den Kleinen den Garten unseres Daseins zeigen will. Ein groß Teil Freude am Leben drückt uns doch Fels und Wald aus, und nicht nur uns Großen. Die Kinder allmählich im Spiel und Unterhaltung auf das Erdenleben hinzulenken, ist eine Aufgabe, die denkwürdig genug ist. Nach einem wohlgefügten Versuch dieser Art im vorigen Jahre kommt nun der Verlag Offenstadt u. Feltheimer in Nürnberg mit einem neuen Weihnachtsbuch heraus, das den Schulanfängern gewidmet ist und das dem vorjährigen „Starenheim in Bild und Reim“ in nichts nachsteht. Wie der Titel besagt: „ABC im Walde“ sollen den angehenden Schulpilgrimen die Anfangsgründe des Lesens und Schreibens beigebracht werden. Mit Hilfe des vor-legenden Bilderbuches wird die Arbeit gewiß nicht schwer fallen. Denn erstens hat Emmy Landmann das Alphabet in nette Reime gefaßt und zweitens Kurt Böttcher sich die schönsten Sonettreize und freudigste Stimmung beim Malen ausgesucht, um der sinnigen Reimschmiedin im Bestreben, den Kleinen die Buchstaben einzuprägen, behilflich zu sein. Aber nicht nur tote Buchstaben werden dem kleinen Gehirn eingeprägt: wenn Vater oder Mutter ihrem Liebling die Vier- und Sechsteiler vorlesen haben, dann ist ihm auch die Vogel- und Tierwelt unseres Waldes bewußt geworden. So wird das Angenehme mit dem Nützlichen verbunden, und wenn der Abs-Schüler Freude an der Geschichte bekommt, dann ist dies nicht minder den farberprächtigen, ganz-seitigen Bildern Kurt Böttchers zu verdanken. Der Waldausflug, der Sonnenaufgang und die Mondlandschaft u. a. zaubern Stim-mungen herbei, die sich gewiß in kleinen Herzen weiten werden. Der Verlag hat dem Bilderbuch (Großquartformat mit steifem Um-schlag) auch noch eine Ausstattung gegeben, die verrät, daß guter Geschmack im Hause wohnt. Der Preis beträgt 20 Mk.

Die Erfassung der Goldwerte. Die Erfassung der Goldwerte steht für die Sozialdemokratie im Mittelpunkt der ganzen Finanz-frage, wie die Finanz- und Währungsfrage selbst heute im Mittel-punkt des ganzen wirtschaftlichen und politischen Lebens steht. Die soeben in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68 er-schienene Broschüre: „100 Milliarden neue Reichssteuern“, wer soll zahlen? Arbeitendes Volk oder Besitzer von Goldwerten? (Preis 2,50 Mk.) erläutert das Verständnis dieses Problems und verdient deshalb weiteste Verbreitung. Ein Beispiel aus der Broschüre: Man denke sich zwei Leute, die im Jahre 1913 jeher 100 000 Mark besaßen. Der eine kaufte sie dafür deutsche Reichs-anleihe. Er hat inzwischen Vermögensabgabe bezahlt, und wenn er heute den Rest seiner Reichsanleihe verkauft, so erhält er etwa

70 000 Mk., die eine Kaufkraft haben wie etwa vor dem Krieg 4000 bis 5000 Mk. Sein Vermögen ist vollkommen entwertet, er ist nicht mehr weit vom Proletariat entfernt. Demgegenüber der andere Mann mit 100 000 Mk., der sich im Jahre 1913 für sein Geld ein Rittergut für 600 000 Mk. gekauft hat, wovon er 100 000 Mark bar bezahlt hat und 500 000 Mark Hypotheken schuldig blieb. Das Gut ist heute mindestens 5 Millionen Mark wert, und wenn er es verkauft und die Hypotheken abzahlt, bleiben ihm nach Abzug aller Steuern noch mindestens 4 Millionen Mark übrig. Dieser Besitzer eines Goldwertes ist das richtige Steuerobjekt.

Technik, ihre Grundlagen zum Verständnis für alle. Im Ver-lag von H. U. Ludwig Degener in Leipzig hat der In-geieur und Professor Alfred Freund ein kleines Werk er-schienen lassen das vom Standpunkt technisch-wirtschaftlichen Denkens eine Einführung in das Wesen der Technik bietet. Es ist nicht jedermanns Sache, sich mit den Urgewalten unseres Wirt-schaftsgebietes zu beschäftigen, obwohl diese Tätigkeit Vorbe-dingung des Erkennens ist. Bücher dieser Art werden meistens nur von speziell Interessierten gelesen und zwar deshalb, weil deren Inhalt zu kompliziert dargestellt und zu strengwissenschaftlich behandelt wird. Diejenige Uebelstand hilft der Verfasser, der Lehrer an der Volkshochschule ist, ab. Er behandelt den Zu-sammenhang unserer technischen Errungenschaften in so leicht-verständlicher Sprache, daß der Leser gleich von Anfang an gefesselt wird. In den verschiedenen Kapiteln wird alles Wissenswerte behandelt: Die natürlichen und künstlichen Energiequellen, die Kraftzeugung, sowie Verbrennungskraftmaschinen, Wesen und Aufbau der Arbeits- und Werkzeugmaschinen usw. Recht inter-essant ist die Abhandlung über die Rohstoffgewinnung und deren Nebenprodukte. Weiter wird die Typisierung und Normalisie-rung, die Massenherstellung von Qualitätsarbeit sowie die wissen-schaftliche Betriebsführung behandelt. Das Kapitel über das Wesen der Arbeitsmaschine ist theoretisch richtig erfaßt; in der Praxis stimmt es aber nicht ganz. Wohl wird kein vernünftiger Mensch in der Maschine einen Feind erblicken, aber es ist doch Tat-sache, daß durch die großkapitalistische Produktionsweise der an der Maschine arbeitende Mensch in sehr vielen Fällen selbst zur Ma-schine wird. Die Schrift, der ein von hohem Gemeinfinn getrage-nes Schlußwort beigefügt ist, ist für die im Produktionsprozess aktive Mitwirkenden lesenswert und sollte besonders in den Fach-schulen angeschafft werden. Der Preis beträgt 10,80 Mk.

Der 2. Band des Bethmann-Buches. Die Vorarbeiten zur Herausgabe des zweiten Bandes der „Betrachtungen zum Welt-krieg“ von Th. Bethmann-Hollweg sind soweit gefördert, daß mit der Ausgabe im Buchhandel für den 11. Oktober sicher gerechnet werden kann. Die Herausgabe mußte sich verzögern, da die Ver-öffentlichung der deutschen und fremdsprachlichen Ausgabe verein-barungsgemäß gleichzeitig erfolgt, die Uebersetzungen aber bei der sonstigen Schreibe des Verfassers eine schwierige und zeitrau-bende Arbeit darstellten. Das Buch erscheint in dem bekannten Verlage von Reimar Hobbing in Berlin SW. 61.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redak-tion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

An die Lübeck-Segeberger Eisenbahn.

Am Sonntag abend wurde der Zug von Segeberg beim Ver-laffen der Station Arftrabe mit Steinen besetzt. Durch das offene Fenster flog eine Hand voll Steine ins Weite. Es wurde glücklicherweise niemand verletzt. Vor 4 Wochen fuhr ich mit demselben Zuge, und damals wurden mir, als ich der Zug in Bewegung setzte, Steine und Sand ins Gesicht geworfen, wodurch ich leicht verletzt wurde. Auf meine Beschwerde beim Zugführer erwiderte mir dieser, er sei dagegen machtlos. Was gedenkt die Lübeck-Segeberger Bahn zu tun, um den Passagen zu fassen?

S-t.

Erläuterung.

Die in Nr. 214 dieses Blattes abgedruckte Erklärung war von mir dem Volksboten nicht zugeandt. Ich habe die damals in den Lübeckischen Anzeigen veröffentlichte Erklärung in betreff des Pumpenwärters Schmidt widerrufen und halte meine früheren Behauptungen aufrecht. Josef Fleischer.

Die jetzt beanstandete Erklärung wurde uns im Auftrag des Zt. zugestellt. Red.

Geschäftliches.

Die Fleischsteuerung ist leichter zu ertragen, wenn die Haus-frau die zur Bereitung von Suppen, Saucen, Gemüsen, Fleisch-gerichten usw. benötigte Fleischbrühe aus Magas Fleischbrü-hewürfeln bereitet. Diese sind mit allerbestem Fleischextrakt her-gestellt und enthalten alle Zutaten einer natürlichen kräftigen Fleischbrühe.

Das altbewährte

Dr. Oetker's

Bäckpulver

Backin



ist uns doch das Beste!

Bekanntmachung.

Vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922 ist der Schlachthof an den Wochentagen geöffnet von morgens 8 bis nachm. 4 Uhr.

Die Betriebsbehörde.
Wtlg. für den Schlachthof.

Die Freibadeanstalten Schlump und Dänischburg werden am Freitag, dem 30. September 1921, geschlossen.
Lübeck, d. 29. Sept. 1921.
Das Polizeiamt.

Lübecker Badeanstalt.

Wegen dringender Kesselreparatur wird die Anstalt am 29. und 30. September ds. Js. geschlossen.
Lübeck, d. 28. Sept. 1921.
Die Finanzbehörde, Abteil für Häuser u. Plätze.

Nach langem, schwerem Leiden entlichet heute morgen im Alter von 13 Jahren unsere liebe Tochter und Schwester
Erna.
In tiefer Trauer
Johann Benthien u. Frau geb. Almer nebst Kindern.
Lübeck, 28. Septbr. Ludwigstr. 32 L.
Bestattung Sonnabend 1 1/4 Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.

Nach langem, qualvollem Leiden entlichet heute morgen im Alter von 43 Jahren, seiner Kinder treuherziger Vater, Bruder und Schwager, der Kranke
Carl Cujad
im Alter von 43 Jahren. In tiefer Trauer
Katharine Cujad geb. Piper.
Die Beerdigung findet am Freitag, 4 Uhr nachm., von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Sozialdemokr. Verein.
Am 27. 9. nachm. unser Genosse
Wilh. Haaker,
Zähler.
Seine Leichenfeier findet am Montag, dem 3. Okt. nachm. 1 1/4 Uhr auf dem St. Lorenz-Friedhof.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsst. Lübeck.
Am 27. September nachm. unser Kollege
Carl Cujad.
Seine Leichenfeier findet am Freitag, 4 Uhr nachm., auf dem Vorwerker Friedhof statt.
Der Vorstand.

Zu verm. möbl. Zim., ohne Best., an alleinst. Frau oder Mädch. Zu erst. Freitag 4-6
7026) Gländowstr. 42, III.

Sel. 2-Zimmer-Wohn., auch Parade, geg. 23.00 mit Gas- u. Bad, i. d. St. Ang. u. W S a. d. Gp.
7028) Gröpelgrube 47, II.

Ferkel und Jungfer sind morgen abend von 5 bis 7 Uhr in Moising, Restaurant zur alten Wolf, zu verkaufen.
7046

3 Sat Ferkel und H. Jungfer bill. zu verk.
E. Klüwer, (7038) Schwartauer Allee 133.

Neu erschienen!
Vorwärts-Kalender 1922
in Tiefdruck, reich illustriert, zum Preise von Mk. 4.—
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46.

Die neuen Postgebühren
— 50 Pig. —
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

NEU! NEU!
Das neue Lohnsteuergesetz
(Einkommensteuer vom Arbeitslohn)
Dargestellt und erläutert von Wilhelm Kell.
Preis Mk. 2.50.
Zu beziehen durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Wieder neu aufgenommen:
Anzüge, Ulster
in allen Preislagen und Qualitäten.
Ferner: (7021) Gardinen, Teppiche, Porzellan, Läuferstoffe, Einzel-Möbel, kompl. Zimmereinrichtungen
Auf Wunsch **Teilzahlung** gestattet.
Siegfried Littmann, Breite Str. 33, I.

Noch keine Preiserhöhungen
Schuh-Buchholz
Schwarzenauer Allee 4 Sr. Burgstraße 36
da das große Lager in Schuhwaren aller Art für Herren, Damen und Kinder rechtzeitig zu niedrigen Preisen eingetauscht ist.
7023) Beachten Sie meine Feinsteckpreise!

Ein! Am 1. Oktober d. Js. tritt die erhöhte Verbrauchssteuer in Kraft, wodurch die Zigaretten und Zigaretten bedeutend verteuert werden. Ich verkaufe, so lange der Vorrat reicht, zu den bekannten konkurrenzlos billigen Preisen!
Guarante Auswahl an Marken!
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!!
Bestand bis 5 Milie gratis!! (7025)
E. Grundmann, Lübeck, Schiffeleiden 32, Zigaretten- u. Zigarettenverkauf.

Schwarz-rot-goldene Schleifen und Fahnen
aller Art liefert zu Fabrikpreisen
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46.

Dick, kernfett. Ochsenfleisch
Pfd. 8.— (7068)
Bratenstücke Pfd. 9.—
frisches Schweinefleisch von 15,50 Mk. an sowie sämtliche
Wurst- und Fleischwaren
zu den billigsten Tagespreisen.
Hans Schmalfeldt,
Reiherstr. 26. Fernr. 2152

Möbel
Herren-, Speise-, Schlaf-, Zimmer-, Küchen.
Boldts Möbellager
Fischergrube 25/27.

Achtung!
Metalle, Eisen, Lumpen, Zeitungen, Papier usw. kauft zu höchsten Preisen (7017) Fr. Erdmann, Glockengießerstr. 61

Abfallmehl
aus der Braterei als Hühner- od. Schweinefutter hat abzugeben (7041)
Paul Lohrmann
Zu melden: Wakenhauer 172.

Zur Mühle
Bedergrube 61.
Feinstes Weizenmehl 3.90
Roggen-Fremmehl 3.—
Roggen-Großmehl 2.75
Haferstroh, neue Ernte 3.80
Maisternpulver 4.—
Sago 4.— u. 4.50
Maismehl, gelb 2.20
Gut kochende gelbe Erbsen 3.20, bei 10 3.— (7050)

Wir sind billig!
1 Posten neue (7052) moderne Damen-Konfektion. Mäntel 275.—, Mäntel 250.—, Kostüme 375.— und besser, schicke Form, neue Muster, prima Stoffe.
1 Posten Robenjoppen, warm gefüttert, 155.—, 188.—, 285.—.
Paletots 350.—, 550.—.
Summi- und Robenmäntel 945.—.
Starke Arbeitshosen 53.—, Blau Jackett 32.—.
1 Posten Gehrockanzüge 875.—, 1175.—, 1225.—.
1 Posten starke Schaffstiefel 200.—, 1 Posten starke Arbeitstiefel 135.—, 155.—.
Ehlers & Reetwisch
Ecke Holstenstr. St. Petri 2 u. 4.
Kaufen Sie jetzt!

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umg. zur Kenntnis, daß ich am 1. Oktober d. J. den Betrieb der
Lübecker Warmbadeanstalt
Rixstraße 130
übernehme. Durch langjährige Erfahrung im Beruf hoffe ich, den Wünschen meiner werten Gäste gerecht zu werden. Durch sachgemäße Einrichtungen werde ich dafür sorgen, daß Mißstände nicht mehr vorkommen.
Die Anstalt ist geöffnet täglich von 9-7 Uhr, Sonntags von 8-12 Uhr. (7031)
Abmische Bäder täglich von 3-6 Uhr, Dienstags und Freitags für Damen.
Massagen nur von ärztl. gepr. Personal.
Hochachtungsvoll **Wilhelm Waack.**

Reell und billig!
Hemdentuche . . Meter 14.50, 11.90 950
Kessel (Stouts) . Meter 12.50, 11.80, 950
Bettbezüge, wB., 6 Mtr. 100.50, 88.50 6300
Bettbezüge, farb., 6 Mtr., 108, 99, 9600
Damastbezüge, 4 Mtr. 20400
Herren-Normal-Hemden von 3400 an
" " -Hosen " 3650 an
Walter Griebhan & Co.
Lübeck, Rixstr. 74. (7035)

Schwarz-rot-goldene Schleifen und Fahnen
aller Art liefert zu Fabrikpreisen
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46.

Lübecker Opferwoche.
Junge Mädchen,
die bei der Straßensammlung und bei der Beaufsichtigung der Handarbeitsausstellung der Lübecker Opferwoche mit helfen wollen, werden gebeten, sich umgehend bei Frau Dr. Möbusz, Falkenstr. 12, II., zu melden.

Lübecker Opferwoche.
Eröffnung der der Handarbeitsausstellung
Sonnabend 10 Uhr
7044)

Wir sind billig!
1 Posten neue (7052) moderne Damen-Konfektion. Mäntel 275.—, Mäntel 250.—, Kostüme 375.— und besser, schicke Form, neue Muster, prima Stoffe.
1 Posten Robenjoppen, warm gefüttert, 155.—, 188.—, 285.—.
Paletots 350.—, 550.—.
Summi- und Robenmäntel 945.—.
Starke Arbeitshosen 53.—, Blau Jackett 32.—.
1 Posten Gehrockanzüge 875.—, 1175.—, 1225.—.
1 Posten starke Schaffstiefel 200.—, 1 Posten starke Arbeitstiefel 135.—, 155.—.
Ehlers & Reetwisch
Ecke Holstenstr. St. Petri 2 u. 4.
Kaufen Sie jetzt!

Lübecker Warmbadeanstalt
Rixstraße 130
übernehme. Durch langjährige Erfahrung im Beruf hoffe ich, den Wünschen meiner werten Gäste gerecht zu werden. Durch sachgemäße Einrichtungen werde ich dafür sorgen, daß Mißstände nicht mehr vorkommen.
Die Anstalt ist geöffnet täglich von 9-7 Uhr, Sonntags von 8-12 Uhr. (7031)
Abmische Bäder täglich von 3-6 Uhr, Dienstags und Freitags für Damen.
Massagen nur von ärztl. gepr. Personal.
Hochachtungsvoll **Wilhelm Waack.**

Reell und billig!
Hemdentuche . . Meter 14.50, 11.90 950
Kessel (Stouts) . Meter 12.50, 11.80, 950
Bettbezüge, wB., 6 Mtr. 100.50, 88.50 6300
Bettbezüge, farb., 6 Mtr., 108, 99, 9600
Damastbezüge, 4 Mtr. 20400
Herren-Normal-Hemden von 3400 an
" " -Hosen " 3650 an
Walter Griebhan & Co.
Lübeck, Rixstr. 74. (7035)

Schwarz-rot-goldene Schleifen und Fahnen
aller Art liefert zu Fabrikpreisen
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46.

Gewerkschaftshaus
Jeden Freitag: (7049)
Großer Ball.
Luisenlust. Mittwochs Tanz
Damen Eintritt frei. (7018)

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
Sonntag, den 2. Oktober abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus (Großer Saal):
Unterhaltungsabend
zu Ehren der Delegierten des Bezirksparteitages.
Unter Mitwirkung von Fr. Gaffron und Herrn Heimberg vom hiesigen Stadttheater, Genossen Lüth (plattdeutsche Vorträge) und der Arbeiterjugend.
Hierauf: (6979)
Tanz.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.
Eintritt: Herren 3 Mt., Damen 2 Mt.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Verwaltungsstelle Lübeck.
Freitag, 30. September, abends 8 Uhr:
Versammlung
aller in den Räumlichkeiten u. Marinieranstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen für Lübeck im Gewerkschaftshaus, Johannisstr., für Schlutup im Lokale von A. Saborowski.
Tagesordnung:
Der Stand unserer Lohnbewegung.
Das Erscheinen aller in der Fischbranche Beschäftigten ist dringend notwendig.
7058) Die Ortsverwaltung.


Blitzblank
wird im Nu jeder Stiefel durch
Javalin Die Qualität überzeugt jeden.
Überall zu haben
Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hannover-Ricklingen.
Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,**
Telephon 798. Moltkestraße 1. (7018)

SATYRIN (gold u. silber),
die neuen Hormon-Präparate für Männer und Frauen, vermitteln schnelle und nachhaltige Steigerung der Energie, insbesondere der Nerven- und Sexualkräfte.
Depot: St. Lorenz-Apothek, Lübeck.
Zahlreiche Anerkennungen. Originalpackung Mk. 40.—
Akt.-Ges. **Hormona, Düsseldorf-Grafenberg.** (7024)
Visitenkarten
Liefert **Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**